

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei zu Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1889 unter Nr. 886.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Das rauchlose Pulver.

Wir haben bereits berichtet, daß das neue rauchlose Pulver auch eine Umänderung der artilleristischen Ausrüstung notwendig macht, indem die Gussstahlrohre sich für das neue Treibmittel nicht eignen und infolge dessen wieder zu den Bronzefanonen zurückgekehrt werden muß. Daß diese Umänderung der Geschütze den deutschen Steuerzahlern wieder Hunderte von Millionen kostet, ist selbstverständlich. Dabei ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß sich mit der artilleristischen Bewaffnung, also mit den neuen Kanonen, deren Herstellung jetzt in Angriff genommen werden muß, welche Schauspiel wiederholt, das wir bei den Schiffen der Kriegsmarine schon seit Jahren beobachten können, nämlich, daß die Bronzefanonen, wenn die Armee schließlich damit ausgerüstet sein wird, durch neue und noch „wirksamere“ Werkzeugzeuge dieser Art überholt sein werden. Natürlich geht es dann wieder neue Millionen für die „neuesten“ Kanonen zu bewilligen, und da es ja für die höchste patriotische Tugend gilt, jeder Neuerung des Reichs Militarismus ohne Augenwinkern zuzustimmen, so werden wohl auch die später zu opfernden Millionen mit derselben Schnelligkeit auf dem Altare des Vaterlandes geopfert werden, wie die bisher für den gleichen Zweck notwendigen Milliarden beschafft wurden. Wie lange das so weiter geht und die Völker im Stande sein werden, die Opfer für die Unterhaltung des „bewaffneten Friedens“ aufzubringen, das ist freilich eine andere Frage, mit der wir uns heute nicht weiter befassen wollen.

Was uns auf das Thema vom neuen Pulver und der durch dasselbe bedingten Milderung zum Bronzegeschütz brachte, das ist eine durch die Blätter gehende Notiz, wonach die Verwendung des neuen Treibmittels und die dadurch bedingte Veranlassung in der artilleristischen Bewaffnung für das Etablissement Krupp in Essen von den weittragendsten Folgen sein wird, indem durch das neue Pulver die Herrschaft des Gussstahls auf dem Gebiete der Kanonenfabrikation gelangen sei.

Die Gussstahlanone war es bekanntlich, welche dem Ehrentitel seinen Weltruf einbrachte und seine riesenhafte Ausdehnung bewirkte. Tritt an die Stelle der bisherigen Gussstahlanone nun wirklich das Bronzegeschütz, dann wird damit natürlich auch die Frage zu erörtern sein: Wo wird dasselbe hergestellt werden? Die Möglichkeit, daß das Kanonenmonopol, das Herr Krupp bis jetzt befehlt hat, in die Brüche geht, steht also für denselben vor der Thüre!

Bei diesem Stande der Dinge scheint es nicht überflüssig zu sein, daran zu erinnern, wie das Krupp'sche Werk seiner Zeit zu dem Monopol der Herstellung der Gussstahlanonen gekommen ist. Es dürfte dies um so angebrachter sein, als Verhältnisse in den letzten Jahren und besonders auch der neuesten Zeit beweisen, daß es wirklich nichts schaden kann,

wenn die öffentliche Aufmerksamkeit sich auch den Vorgängen bei den Militärlieferungen etwas mehr zuwendet, als es bisher zu geschehen pflegte.

Also, wie kam Krupp zum Kanonenmonopol? Wir lassen zur Beantwortung dieser Frage eine Stelle aus einer Rede folgen, welche der früher fortgeschrittliche und jetzt kartellbrüderliche Abgeordnete für Dortmund, Louis Berger, früher selbst Gussstahlfabrikant in Witten, am 15. Dezember 1874 im Reichstage hielt.

„Ihren wir nicht, so stand ein Titel des Militäretats, der mit der Artillerie zusammenhing, zur Debatte, und Herr Berger benützte diese Gelegenheit zu folgenden Ausführungen:

„Nach meinem Dafürhalten hätte die preussische Regierung wohlgethan, wenn sie selbst eine Gussstahlfabrik etablirt hätte, da sie dazu die vortrefflichste und billigste Gelegenheit auf dem eben erwähnten königlichen Gütenwerke zu Sayn besaß.

Wollte sie dazu aber nicht übergehen, so war dann das Naheliegendste, eine Gussstahlfabrik mit der großen Geschützelei zu Spandau zu verbinden. Damals hätte eine Anlage von einer halben bis höchstens einer Million vollkommen ausgereicht, um den Anforderungen der Artillerieverwaltung zu genügen, und diese Summe, das kann ich als Sachverständiger versichern, würde im Laufe der seitdem verfloffenen Jahre mindestens zehnmal verdient worden sein. Die Regierung ging indessen nicht zu dem System der Selbstfabrikation über, sie glaubte, ihre Unabhängigkeit auch wahren zu können, wenn sie den Gussstahl von Privatfabrikanten bezog.

„R. S., wenn sie aber das thut, dann mußte doch die Regierung selbstverständlicher Weise alle Privatfabriken, die damals im Lande existirten und hinsichtlich der Qualität ihres Materials genügende Garantie boten, zu diesen Lieferungen heranziehen. Anfänglich that sie das auch. Es existirten zu jener Zeit — Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre — in Preußen vier derartige leistungsfähige Etablissements, zwei größere und zwei kleinere, an deren Spitze Herr Krupp stand. Es wurden Versuche mit Kanonen aus allen vier Werken gemacht und diese Versuche ergaben, daß das Material sämtlicher Fabriken den gestellten Anforderungen vollkommen entsprach. Es wurden auf Grund dieses Resultates auch die beiden kleineren Werke neben dem größeren Etablissement des Herrn Krupp mit Lieferungen betraut, indessen hatte das bald ein Ende, da die eine der beiden kleinen Fabriken aus finanziellen Gründen nicht mehr leistungsfähig blieb und die andere ausgeschlossen wurde, weil einer der Beteiligten politisch mit der früheren Verwaltung des Kriegsministeriums nicht mehr harmonirte. Ich lasse aber diesen Gegenstand als nicht hierher gehörig bei Seite.

unter dem Wasser schwimmt. Es sind darin alte mit neuen, profutabile mit Schaden bringenden Unternehmungen so verquickt, neben imaginären Gewinnsten und uneinbringbaren Forderungen wimmelt es von maskirten Schuldposten, nicht abzuschüttelnden Vertragsverpflichtungen, zweifelhaften Prozeßangelegenheiten, daß man nie wissen kann, ob Herr Brazovic in diesem Augenblicke ein Krösus oder ein Trus sei, und er selber weiß es am wenigsten. Wer daher hunderttausend Gulden bei ihm stehen hat, auf die er Anspruch erheben kann, wird klug daran thun, wenn er sie lieber heute als morgen zu Gesicht bekommen will.

Und Herr Katschula war ein kluger Mann. Herr Athanas nahm ihn ein paarmal vor und machte einen Versuch, sich den Schanzen des Kriegs-Ingenieurs zu nähern. Er machte ihm günstige Anerbietungen. Warum will er die hunderttausend Gulden in die Hand haben? Seine Frau wird sie ihm verschweiden. Die Interessen davon betragen nur sechstausend Gulden. Wäre es nicht besser, das Kapital bei Herrn Athanas stehen zu lassen, der ihnen dafür eine jährliche Summe von achtausend Gulden auswerfen würde? Oder wenn Herr Athanas dem jungen Ehepaare eine von seinen Realitäten übergäbe, die eine jährliche Rente von siebentausend Gulden abwirft? Allein der Kriegs-Ingenieur ließ seine letzte Redoute nicht einnehmen. Er verstopfte die Laufgräben und drohte die ganze Heirats-Zitabelle in die Luft zu sprengen, wenn ihm nicht vor dem Hochzeitstage die hunderttausend Gulden ausgezahlt würden.

Herr Brazovic war daher in einer großen Patsche, und wenn Jemand mit noch größerer Erbitterung als Timar auf das unter den Fingern Timeas seiner Vollendung immer näher rückende Brautkleid sah, so war es sicherlich Herr Brazovic. Ad vocem Timar tauchte ein rettender Gedanke im Schädel des Herrn Brazovic auf. Er haßt zwar diesen

Es blieben nunmehr die beiden großen Werke allein übrig. Nämlich jenes des Herrn Krupp und die fast ebenso große Gussstahlfabrik zu Bochum. Die letztere war vollständig leistungsfähig; sie ist die erste gewesen, welche überhaupt Gussstahl zu Geschützen verwendet hat, eine Thatfache, welche ich in der Lage bin zu beweisen, und dieses Etablissement wurde, trotz seiner Leistungsfähigkeit und trotzdem es wiederholt sich zu Lieferungen (und zwar zu billigen Preisen) erbot, nicht zur Konkurrenz herangezogen. Herr Krupp in Essen erlangte dadurch ein faktisches Monopol, welches um so stärker wurde, als der Fiskus im Jahre 1865 ihm die für die Artillerie so wichtige Hütte zu Sayn um billiges Geld und unter Ausschluss anderer Reflektanten veräußert hat.

Und was war nun die Folge dieses so ganz und gar falschen und verkehrten Systems? Die unvermeidliche Folge war, daß jetzt die Artillerieverwaltung dem Inhaber des Monopols Preise zahlen mußte, welche alles früher Dagewesene übertrafen! Ich behaupte und würde, wenn die Regierung mir das betr. Altenmaterial zur Verfügung stellen wollte, im Stande sein, zu beweisen, daß durch dieses monopolistische, ganz und gar verkehrte System die Finanzen des preussischen Staates und später des Deutschen Reiches nicht um Hunderttausende, nein, um Millionen von Thalern geschädigt worden sind.

„R. S., wenn es sich hier um das Reetablissement, resp. um die Neubeschaffung von 2000 großen und kleinen Gussstahlgeschützen mit dazu gehörigen Lafetten handelt, so schließt das einen Ausgabebetrag von vielen Millionen in sich. Ich behaupte ferner, daß, wenn die Regierung ein anderes System befolgt hätte, wenn sie die übrigen leistungsfähigen Fabrikanten zu einer sachgemäßen Konkurrenz herangezogen hätte, so würden an diesen vielen Millionen, welche man für dieses wichtigste Artilleriematerial ausgegeben hat und noch ausgeben muß, mindestens einige Millionen erspart worden sein!“

So Herr Louis Berger! Seine Angaben sind weder regierungsseitig, noch auch von Herrn Krupp jemals widerlegt worden; sie werden wohl nicht zu widerlegen gewesen sein.

Dieses Monopol des Krupp'schen Etablissements, dessen Entstehung und Folgen Herr Berger so drastisch schilderte, soll nun heute bedroht sein, nachdem es den preussisch-deutschen Steuerzahlern Millionen gekostet, Herr Krupp aber zum „höchstbesteuerten“ Bürger der preussischen Monarchie gemacht hat. Wenn nur das Bronzegeschütz nicht auf dem Wege desselben „falschen und durchaus verkehrten Systems“ hergestellt wird.

Timar gründlich und möchte ihn am liebsten mit einem Löffel Suppe vergiften. Wie aber, wenn er ihm seine Tochter zur Frau gäbe? Er ist ja mit Herrn Katschula nicht zusammengeschmiebet. Wenn der Herr Geniechauptmann nicht heirathen will, nun, so gehe er Schanzen graben; hier handelt es sich bloß darum, daß Athalie unter die Haube kommt. Der Tausch wäre nicht so übel. Dieser Timar ist zwar ein nichtswürdiger Laugenichts, der den Galgen verdiente; wenn er aber Athalie zur Frau bekommt, so wird sich das im Handumdrehen ändern. Mit einem Schlag würde ein anständiger Mensch aus ihm. Die Feindseligkeiten und Rivalitäten würden aufhören; er träte als Kompagnon ins Geschäft, und Alles käme wieder ins rechte Geleise.

Und ist denn die Sache so unwahrscheinlich? Timar kommt fleißig ins Haus. Den Kammerzofen können doch seine Besuche nicht gelten. — Wenn er nur nicht den Fehler hätte, so schüchtern zu sein. Er hat nicht den Muth, mit der Erklärung heraus zu rücken, daß er es gewagt, seine Augen zur Fräulein Tochter seines ehemaligen Prinzipals zu erheben. Dann fürchtet er auch, Skandal mit dem Hauptmann zu bekommen, der ein Kaufbold ist. — Nun, diesem schüchternen Menschen muß man zu Hilfe kommen.

An einem Nachmittage hatte Herr Athanas eine doppelte Portion Anisliqueur in den Schwarzen geschüttet (ein probates Mittel, um sich Kourage zu machen) und ließ den Kaffee dann in sein Zimmer tragen, den Befehl zurücklassend, wenn Timar käme, möchten die Frauen ihn auf ein Wort zu Herrn Athanas ins Zimmer schicken.

Dort zündete er sich seinen Eschibul an und umgab sich mit einer solchen Rauchatmosphäre als fünften Element, daß er darin auf- und abwandelnd bald verschwand, bald wieder emporleuchtete mit seinen hervorstechenden, rothunterlaufnen Ologaugen, gleich einem riesigen Lintenfisch, der auf seine Beute lauert, um ihr das Blut auszusaugen.

Das Opfer ließ nicht lange auf sich warten.

Feuilleton.

Ein Goldmensch.

Roman von Maurus Jolai.

Als Herr Katschula bei Herrn Brazovic um die Hand seiner Tochter anhielt, hatte er diesem mit großer Aufmerksamkeit seine Lage enthüllt. Er hat kein Vermögen, und während er eben nur hin, um als lediger Mann seinem natürlichen Range gemäß auftreten zu können, nicht aber, um eine Frau zu erhalten, vollends eine solche, welche an Luxus und Komfort und an Luxus gewöhnt ist. Er sagte es daher zu offen heraus, nur in dem Falle sich verheirathen zu können, wenn das, was die Frau mitbekommt, die Kosten des Haushalts bede.

Nun, dagegen hatte Herr Brazovic nichts einzuwenden. Bei einer solchen Gelegenheit ist er nicht knauserig. Er giebt seiner Tochter an ihrem Hochzeitstage hunderttausend Gulden baar als Morgengabe, und damit können sie machen, was sie wollen. Zur Zeit, als Herr Brazovic das Versprechen gab, war er auch in der Lage gewesen, es erfüllen zu können. Seitdem aber ist ihm Timar in die Quere gekommen. Dieser brachte durch allerlei unerhörte Verwirrung, was die sichersten Vorausberechnungen so über den Haufen, drückte ihn so auf dem Getreideplatz, daß ihm so bei den Mißverbindungen aus und verirrte er sich so den Weg in die einflussreichen Kreise, in denen er früher viel gekostet hatte, daß Herr Brazovic es gegenwärtig unmöglich fand, die hunderttausend Gulden aufzubringen. Auch damit hatte es seine Richtigkeit, daß Herr Brazovic — wie Katschula damals Timar gesagt hatte — selber nicht wußte, wie sein Geschäft steht, ob es über oder

Korrespondenzen.

New-York, 26. Juli. Ein Beschluß des Pariser Kongresses, daß am 1. Mai 1890 in allen Ländern Demonstrationen für einen achtstündigen Normalarbeitstag stattfinden sollen, ist durch das Kassel ohne nähere Angaben an die hiesige kapitalistische Presse gemeldet worden. Bei der beliebigen Art und Weise, wie in dieser Presse über Arbeiterangelegenheiten berichtet wird, kann man daraufhin natürlich nicht einmal Vermuthungen anstellen, welcher Art diese Demonstrationen sein sollen. Es ist indessen, nach Lage der Sache in den Ländern, welche auf dem Kontinent hauptsächlich vertreten waren — die des Kontinents — anzunehmen, daß es sich um eine Demonstration für die Einführung des achtstündigen Arbeitstages durch die Gesetzgebungen handelt, während hier gegenwärtig die Bewegung darauf gerichtet ist, denselben durch die Macht der gewerkschaftlichen Organisationen den Unternehmern abzurufen.

Ich habe schon wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Bewegung — im günstigen Falle — nur für gewisse Gewerksgruppen einen direkten Erfolg haben kann, während für die große Masse, besonders der Fabrikarbeiter, der Erfolg nur ein indirekter sein könnte, indem für diese dann eher die Möglichkeit vorliegt, von ihren 11, 12 oder gar mehr Stunden Arbeitszeit etwas herunter zu bekommen. Eine allgemeine Bewegung in Europa für die gesetzliche Einführung des Achtstundentages würde, besonders wenn sich auch England daran betheiligte, selbstverständlich auch ihre Wirkung auf die Vereinigten Staaten äußern, und wir würden damit zugleich aus einem unangenehmen Dilemma kommen.

Es bestehen nämlich schon seit Beginn der neuen Achtstunden-Bewegung Differenzen zwischen Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterpartei resp. deren Organ und der lokalen sozialistischen Presse, welche darauf basieren, daß letztere die Bewegung angeblich bedingungslos unterstütze, und an die Erreichung des achtstündigen Arbeitstages Resultate knüpft, welche nach den Feststellungen der Sozialökonomie nicht eintreten können. — Es ist nun zwar Thatsache, daß in redaktionellen Theil der betr. Blätter die Frage stets streng vom sozialistischen Standpunkt behandelt wird; dagegen werden, wie das nicht anders in täglichen Arbeiterblättern sein kann, die dem Fortschritt der Arbeiterbewegung im Allgemeinen dienen, im nicht-redaktionellen Theil die verschiedenen Ansichten kundgegeben, und es kann nicht Aufgabe der Redaktionen sein, derartige Kundgebungen, wenn sie nicht direkt gegen das Interesse der Arbeiterklasse verstoßen, stets mit Randglossen zu versehen. Es kommen da noch verschiedene andere Dinge hinzu, welche, zusammen mit Obigem, speziell zwischen dem „Sozialist“ und der New-Yorker „Volkszeitung“ zu einem höchst unangenehmen Verhältnis geführt haben. Die Geschichte ist gegenwärtig schon „nicht mehr schön“, und der fortschrittlichen Arbeiterbewegung im höchsten Grade schädlich. Es werden nun zwar voraussichtlich binnen kurzem innerhalb der Partei selbst Schritte gethan, um dem ein Ende zu machen; aber, wie gesagt, eine Schwelung der Achtstunden-Bewegung nach angeführter Richtung würde dem ganzen Zwiespalt den Boden entziehen, und das wäre das Beste.

Wie im vorigen Berichte erwähnt, hat Powderly, obwohl er sich im November v. J. von der General-Assembly in Indianapolis zum Vertreter der Knights of Labor auf der Pariser Ausstellung wählen ließ, es vorgezogen, hier zu bleiben. Ueber die Gründe herrschen verschiedene Meinungen. Nach der einen Version will er dem Orden die Kosten nicht aufbürden, da es mit der Kasse gegenwärtig schlecht bestellt ist; nach der andern soll seine Gesundheit durch die anstrengende Tätigkeit, deren er sich befleißigt, derart angegriffen sein, daß sein Arzt ihm abgerathen hat, eine Seereise zu unternehmen — die andere Aexate ihren Patienten in gleichen Fällen empfehlen. Schließlich soll Powderly fürchten, daß er während seiner Abwesenheit von diversen guten Freunden „falt gestellt“ werden möchte — und das wird wohl die richtige Version sein. — In einer Versammlung der Knights in Chicago, in welcher eine ganze Reihe Fragen an R. über die angebliche Korruption in der Exekutive, Verschleuderung der Gelder u. s. w. gerichtet wurden, soll es sehr erregt zugegangen sein.

„Progressive Reform Party of the United States of America“ ist der Titel einer eben erstandenen neuen „Partei“, deren Zweck ist, die sozialen, literarischen und freundschaftlichen Beziehungen unter den Mitgliedern zu befördern und zum Studium der sozialpolitischen Wissenschaft anzuregen. Fünf Personen, von denen ein paar in der hiesigen gewerkschaftlichen Bewegung dem Namen nach bekannt sind, haben sich als „Inkorporatoren“ einzzeichnen lassen. Ob die „Partei“ außerdem schon Mitglieder hat, ist nicht bekannt; ebenso wenig, was in Wirklichkeit dahinter steht. Bisher hatte jeder Amerikaner — so weit er nicht Sozialist geworden — der sich überhaupt mit sozialen Problemen befahte, seine besondere Patentmedizin zur DeLuna besonderer oder allgemeiner Uebel. Sie scheinen sich jetzt in Gruppen zusammen zu finden. Indessen, dies soll sich nicht auf den Rationalisirungsclub

Sowie Umar von Frau Sophie erfuhr, Athanas wüßte ihn zu sprechen, eilte er zu ihm. Der große Lintenschwamm durch das Rauchzimmer ihm entgegen, seine schrecklichen zwei Polypenagen auf ihn geheset und stürzte sich nach Art dieser Seeungeheuer geradezu auf seine Beute, indem er Umar die Worte entgegenstieß: „Hören Sie, mein Herr, was bedeuten Ihre Besuche in diesem Hause? Was für Absichten haben Sie mit meiner Tochter?“

Das ist die beste Art, einen solchen Hafensuß zu einer Erklärung zu bringen. Er wird verblüfft, der Kopf schwindelt ihm, und er sich's versieht, fällt er ins Netz der heiligen Ehe. Es ist kein Spaß, auf eine solche Frage zu antworten.

Das Erste, was Umar aus den Worten des Herrn Athanas erfuhr, war, daß er wieder zuviel Anisette getrunken. Daher diese Courage.

„Mein Herr,“ versetzte er in ruhigem Tone, „ich habe keine Absichten mit Ihrem Fräulein Tochter. Ich konnte sie um so weniger haben, da Ihr Fräulein Tochter schon Braut und ihr Bräutigam mein alter guter Freund ist. Warum ich in Ihr Haus komme, will ich Ihnen sagen. Hätten Sie mich nicht gefragt, so würde ich noch länger geschwiegen haben, da Sie mich aber darum fragen, nun, so mögen Sie es erfahren. Ich besuche deshalb Ihr Haus, weil ich Ihrem verstorbenen Freunde und Verwandten, der ein so schreckliches Ende genommen hat, gelobt habe, auf sein verwaistes Kind Acht zu geben. Deshalb kam ich her, um zu sehen, wie die Ihren Händen anvertraute Waise hier behandelt wird. Schändlich geht man mit ihr um, Herr Brazovics, niederträchtig! Ich sage Ihnen das ins Gesicht, in Ihrem eigenen Hause. Sie haben das ganze Vermögen des Mädchens unterschlagen; ja, untergeschlagen, das ist das richtige Wort. Und Ihre ganze Familie treibt ein schändliches Spiel mit dem armen Kinde. Man vergiftet ihm die Seele für's ganze Leben. Und jetzt, Herr Brazovics, sind wir zwei das letzte Mal hier zusammen gewesen in Ihrem Hause, und wünschen Sie nicht den Tag zu erleben, an dem ich noch einmal hierher komme.“

Umar drehte sich auf dem Absatz seines Stiefels um und schlug die Thür hinter sich zu. Der Lintenschwamm

beziehen, denn ja eine ganze Reihe bekannter amerikanischer Sozialisten angehören.

In Boston fand am Montag eine Arbeiterdemonstration statt, welche die bedeutendste jemals dort stattgefundene gewesen sein soll. Es handelte sich um einen Protest gegen das Verbot der Abhaltung von Versammlungen in Franklin-Parc, welcher bisher diesem Zwecke gedient hat. Es wurden nach energischen Reden Resolutionen angenommen, welche die Resignation der betreffenden Parc Verwaltung fordern und erklären, daß alle gesetzlichen Mittel angewendet werden sollen, um den Parc als öffentlichen Versammlungsplatz zu erhalten. — Das ist einmal wieder ein etwas erschreckender Hauch, besonders, da es bisher in Boston in der Regel sehr still und öde war, und unsere Ideen in den amerikanischen Kreisen keinen Eingang gefunden. Es hängt das hier stets eng zusammen. Wo sich ein freier Geist unter den Arbeitern kundgibt, da ist auch darauf zu rechnen, Elemente zu finden, welche disponirt sind, von der alten Treitmühle Abschied zu nehmen und neue Ideen in sich aufzunehmen.

In dem Kohlendistrikt von Illinois, speziell in Braidwood, herrschen noch immer Zustände, welche an diejenigen in den schlesischen Weberdörfern 1847 erinnern. Das Kongreßmitglied Bowler, welcher zur Untersuchung dorthin geschickt war, berichtet, daß die Zustände geradezu entsetzlich seien. „So wurde z. B.“, erzählt er, „als ein Pferd in der Ortschaft auf der Straße verendete, in wenigen Minuten von den verhungerten Menschen das Fleisch des Kadavers von den Knochen gerissen und verschlungen. Die Milch in der Brust ihre Kinder nährenden Mütter ist thatsächlich infolge des Hungers versiecht, und man kann Kinder sehen, auf deren Gesichtern die Haut liegt, wie eine dünne, trockene Hülle über einem Totenkopf.“

Wenn man Berichte über Hungersnöthe in China liest, so erscheinen einem dieselben Angesichts der mangelhaften Lebensmittel dort erflächlich, aber solche Berichte aus einem Theile der reichen, mit allen Hilfsmitteln der „Kultur und Zivilisation“ versehenen Vereinigten Staaten von Nord-Amerika zu hören, das muß Jemanden, der keinen tieferen Einblick in den Stand der Dinge hat, kaum glaublich erscheinen! — Uebrigens ist die Bevölkerung sämmtlicher Kohlendistrikte im Lande, infolge der wahnstinnigen Konkurrenz der verschiedenen Gesellschaften untereinander auf ein Niveau der Lebenshaltung herabgedrückt, daß man bei ihr von einem allgemeinen langsamen Verhungern reden kann!

Politische Uebersicht.

Der Humor der „Norddeutschen“ in Sachen der Schweiz hat, so schreibt die „Frankf. Ztg.“, einen verrätherischen Beigeschmack. Wenn das Blatt die ganze Angelegenheit jetzt von dieser Seite aufsaßt, so ist das ja insofern mit Genugthuung zu begrüßen, als es beweist, oder doch wahrscheinlich macht, daß die „Aktionen“ gegen die Schweiz abgeschlossen sind. Aber man fragt sich mit Recht: wozu all der Lärm, wenn ein solcher Abschluß folgen sollte? Der Appell an die Kanonen, zu dem sich die „Kreuz-Zeitung“ veranlaßt sah, die Drohung mit der Theilung der Schweiz, welche die „Hamburger Nachrichten“ ausgesprochen und die Anweisung der Neutralität durch die „Norddeutsche“ was hatte das alles für einen Zweck? Man hat das größte Geschick gegen die Eidgenossenschaft aufgefunden und schließlich erklärt man, daß man alles von dem guten Willen der Schweizer erwarte. Diesen guten Willen hat man, wie das konservative Blatt richtig hervorhebt, doch wahrhaftig auf solche Art nicht stärken können. Wir glauben indeß, die „Norddeutsche“ irt, wenn sie meint, die schweizer Behörden würden nun einfach die Niederlassungsfrage von dem Gesichtspunkte aus betrachten und behandeln, den man ihnen von Berlin anempfehlte. Ob ein Anführer Sozialdemokrat ist oder nicht, danach wird man in der Schweiz nach wie vor nicht fragen; vielmehr wird entscheidend sein, ob der Betreffende etwa dem Lande zur Last fallen könnte. Denjenigen Deutschen, die Jahre lang auf eidgenössischem Boden ihr saures Brot erwarben, die aus irgend welchen Gründen die vorgeschriebenen Ausweisepapiere nicht beibringen können, wird — ob Sozialdemokraten oder nicht — mit einem Rudel der Boden unter den Füßen weggezogen. Sie sind fortan auf die Gnade der Kantons- und Lokalbehörden angewiesen. Wenn dieser Thatbestand die „Nordd. Allg. Ztg.“ so humoristisch stimmt, so ist das ein zermahlen befremdlich; die Stimmung der Deutschen in der Schweiz ist weit weniger rosenfarbig.

Die sächsischen Nationalliberalen haben ein Wahlflugblatt erlassen, welches, gleich dem im vorigen Winter veröffentlichten Schriftstück, sich durch Kühnheit in Umdeutung und Verdrehung der Thatsachen auszeichnet, und — da wir hieran zum Ueberdruß gewöhnt sind — nur deshalb Beachtung verdient, weil es die tragikomische Angst verräth, mit welcher die sächsischen Nationalliberalen der bevorstehenden Reichstagswahl entgegensehen. Die Herren Nationalliberalen haben eine doppelte

zog sich zurück in die dunkle Tiefe seines Tabakrauchschlammes, stürzte noch ein Glas Anisette herunter und überlegte sich's, daß er hierauf doch etwas hätte antworten sollen. Was aber?

Ich selbst wüßte in der That nicht, was er darauf hätte antworten können.

Umar ging ins Besuchszimmer zurück, nicht nur, um den Hut zu holen, den er dort gelassen hatte, sondern auch noch wegen etwas Anderem.

Im Salon was Niemand als Timea. Athalie und der Bräutigam waren im Nebenzimmer.

An dem zorngerötheten Antlitz Timars nahm Timea eine große Veränderung war. Sein stets sanftes, bescheidenes Gesicht sah stolz aus und von Affekt durchgeistigt, wodurch er mit einem Male schön wurde. Viele Gesichter verschönern sich, wenn Leidenschaft in ihnen aufflammt.

Er ging schnurstracks auf Timea zu, welche goldene Rosen mit silbernen Blättern auf das Brautkleid stückte.

„Fräulein Timea,“ sagte er zu ihr in tiefem, leidenschaftlich bewegtem Ton, „ich nehme jetzt Abschied von Ihnen. Seien Sie glücklich; — bleiben Sie noch lange ein Kind. Wenn aber einmal eine Stunde kommen sollte, in der Sie sich unglücklich fühlen, so vergessen Sie nicht, daß es Jemand giebt, der für Sie . . .“

Er vermochte nicht weiter zu sprechen. Die Stimme versagte ihm, sein Herz schnürte sich zusammen.

Timea ergänzte die abgebrochene Rede. „Dreimal . . .“

Umar drückte Timea die Hand und stammelte bebend: „Gwia.“

Damit verneigte er sich und ging, ohne denen im Nebenzimmer beschwerlich zu fallen.

Timea ließ die Stiderei aus der Hand fallen und starrte vor sich hin, noch einmal seufzend: „Dreimal!“

Der Goldfaden säbelte sich aus dem Nabelöhr aus.

Als Umar die Stiege hinabging, kam er wieder an jenen zwei Marmorsäulen vorüber, welche das Stiegenhaus stützten. Mit welcher Wuth schlug er auf eine der Säulen. Ob wohl die oben den Schlag empfunden? Sagten ihnen nicht die erbebenden Wände, sie möchten sich beugen, zu

Angst: erstens fürchten sie von den konservativen Bundesbrüdern über den Köffel barbiert zu werden — in Galberstadt —, und zweitens wissen sie, daß die Stimmung der Wähler im ganzen Lande für die Kartellhype sehr ungünstig ist, und daß es eines Wunders bedarf, soll — auch die politische — Einhaltung des Kartells vorausgesetzt — eine recht schmetternde Niederlage der Ordnungsparteien verbüßt werden.

Die Veröffentlichung des Schriftstücks im jetzigen Augenblicke erfolgte, weil die Möglichkeit, daß die Reichstagswahlen in diesem Herbst stattfinden, noch nicht vollständig ausgeschlossen ist und bis zur Beendigung der französischen Kammerwahlen auch nicht ausgeschlossen sein wird.

Es leben unsere Freunde, die Feinde! So haben die Sozialdemokraten schon oft Ursache gehabt, auszuatmen, wenn wieder einmal „neue und wirksame“ Maßnahmen zur Unterdrückung der „sozialrevolutionären“ Propaganda ergriffen wurden. Und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß der neueste Schritt dieser Art, die Kündigung des Kartellsvertrages mit der Schweiz, auf sozialdemokratischer Seite mit dem gleichen Aueruf begrüßt wurde. Diese Kündigung und vor allem die Motive, aus welchen sie nach den Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ erfolgt ist, werden nicht ganz wesentlich dazu beitragen, einen in sozialdemokratischen Kreisen längst beklagten Uebelstand, der auch auf dem letzten Kongreß in St. Gallen zur Sprache gebracht wurde und dort zur Annahme eines bezüglichen Kartellsführte, zu beseitigen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ theilt mit, daß es der Zweck, den die deutsche Regierung bei der Kündigung des Vertrags erreichen wolle, sei, deutschen Sozialdemokraten den Aufenthalt in der Schweiz, so weit es irgend unmöglich zu machen. Wie weit dieser Zweck erreicht werden wird die Zukunft lehren. Daß man aber seitens der Sozialdemokratie gar nichts dagegen einzunehmen hat, sondern nicht unbedingt notwendigen Auswanderung und ihrer Anhänger Hindernisse in den Weg gelegt werden, zeigt der Wortlaut des oben erwähnten Beschlusses, welcher lautet: „Die Partei fordert die Genossen auf, der Kündigung von Parteigenossen wegen drohender Prozeße und eventuell jede materielle Unterstützung zu versagen.“

In der Marinebeschungsangelegenheit nach dem „Berl. Tagebl.“, am Montag in Hamburg auf Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft die Geschäftehändler Luch und Exportfirma beschlagnahmt. — Die „Hamburger Nachrichten“ erfahren zu der Angelegenheit noch, daß die Panneder's Verhaftung noch die Verhaftung einer ganzen Zahl von Verwaltungsbeamten stattgefunden hat, und daß andere Sachen, außer der Teakholzangelegenheit, den Gegenstand der augenblicklichen Untersuchung bilden. Im Uebrigen hielt die ersten Berichte über die Teakholzsache harte Behauptungen; Differenzen bezüglich der Quantitäten des im Lande gekauften Holzes seien allerdings nachgewiesen; aber dem Verschwinden einer ganzen Schiffsladung könne keine Rede sein.

Höherer Blödsinn. In einem Artikel des „Wochenbl.“, „Der Offizier und das dynastische Prinzip“ geschrieben, dessen Inhalt ebenso kläglich wie sein Deutungslesen wir: „Das Offizierkorps, und damit die Armee, ist im Felde im tosenden Meer der tief aufgeregten Leidenschaften der rocher de bronze, an welchem, vereint mit der Kirche, die Anarchie, will's Gott, zerschellen wird. — Wenn dies die Anarchie wäre, so müßte es für gottlos gehalten werden, hier prophesie die anonyme Verfasser nichts Geringeres, daß die Anarchie vereint mit der Kirche an dem Felde des Offizierkorps zerschellen werde. Gemeint hat er allerdings, natürlich etwas anderes.“

Ein demokratisch organisiertes Hüttenwerk. In diesem Titel brachte eine demokratische Zeitung kürzlich einen Leitartikel, der ohne Kommentar auch in sozialistische Kreise übergegangen ist, was zu bedauern, da die ganze Sache nur Humbug ist und ja auch der ganzen Lage unserer Produktion nach nur sein kann. Die ganze Demokratie des Hüttenwerkes besteht aus einem Autorität resp. Polizeirath, welchem die Arbeiter ausübenden Aeltestenkollegium, welches von der rektorium gehört wird. Natürlich kann die Sache nur in so bestehen, als es der Aeltestenkollegium paßt und nicht, sonst wie ihre Gnadenbezeugung, denn eine solche ist es nur, was die Hüttenwerke leisten. Der Nützlichkeitsstandpunkt geht am besten aus folgenden Sätzen hervor: „Fragen wir, welche Erfolge das Hüttenwerk in so bewegten, gährenden Zeiten, wie die sozialistischen Kohlenbezüge sie jetzt durchmachen, zu verzeichnen habe, so antwortet darauf die Verwaltung der Hüttenwerke: „Mangvolle Haltung der Arbeiter, verständige Ansprache und ungeschwungene Achtung vor den bestehenden Verordnungen führten stets leicht und glatt zu einer Verständigung, was ja eine Verschiedenartigkeit der Interessen obwalte.“

Für den Jüngling fremder Arbeiter nach dem Reichstagswahlkampf macht ein offizielles Volkstheater gramm aus Graz Stimmung, indem es meldet, die

beten, denn über ihrem Haupte stürze das Dach ein. Sie aber lachten über das gefoppte Kind, das so empfinden Brautkleide stückte.

Sa, man hat den Namen der Staatskasse, die man nannte, aber hat man den Namen des Volkes? Einmal hat man Komorn, ein hoher San, kann Ledern, man mag man wüßte, er hat dort? Es

Sechstes Kapitel. Auch ein Scherz.

Der neugeadelt Herr von Levintzky war bereits nicht nur in Ungarn, sondern auch in Wien eine vielgenannte Persönlichkeit. Es hieß von ihm, er sei ein „Goldgräber“, Alles, was er unternimmt, wird zu einer Goldgrube, die wahre Goldgrube, nicht in Cetatye Nera, oder Sobotitz, oder Borspatal, Ungarns und Siebenbürgens Schächten.

Die Hauptkunst des Goldgräbers besteht darin, als seine Genossen in Erfahrung zu bringen, welche Unternehmung von der hohen Regierung vorbereitet ist, und in dieser Kunst war Umar Meister. Wenn er eine Speculation unternahm, warf sich ein ganzer Schwarm von Speculanten darauf, denn sie wußten, daß es Geld zu holen war, man brauchte es nur von der Regierung aufzuheben.

Aber nicht blos deshalb nannte man Umar einen Goldmann, sondern auch noch aus einem andern Grunde.

Er betrog nie, erlaubte sich keine Defraudationen. Bei großen Unternehmungen ist auch ein ehrlicher Mann gewinnig genug; wer ihn noch dadurch vergrößern darf, daß er stiehlt und betrügt, der verfährt sich durch seinen Profit begnügt, ist ein honneter, rechtschaffener Mann; der Gewinn macht jedoch bei einer Million fünfzigtausend Gulden und zieht die zweite Million nach sich. Man darf nicht zu hastig dreinfahren. Die Glücksgöttin kommt ohnehin delictueller genug entgegen, man muß ihr nicht noch die letzte kleine Umhüllung vom Leibe reißen, sonst nimmt sie's übel. Und hierin befah Umar den richtigen Takt. Er gewann große Summen, denn er nahm großartige Speculationen, nie aber ließ er sich kommen, zu stehlen, zu betrügen, denn er riskirte auf von seinem Gewinn ließ er Denjenigen reichlich zulaufen.

beim im Trieb
falsch ausgenom
erhalten, nach
Sohnen, nach
aus eigenem
Wahlungen ihre
bleiben. Befan
den Verlauf d
französischen
„Dagere Zeit
der vielen G
falschen Kohle
ungründlich
wahrgenommen
pige regelmäßig
sprechender Kr
Für den
Wid. in Dorst
und Stiegel d
eingedrückt m
das Komitee
wennsmänn
Kabinen, die
überweisen, u
welches dahin
während den
Kongresskommiss
aus Arbeiter
bestimmten a
nehmen zu m
aus Konstru
Schiedsrichte
Bestimmten
sitzende Antr
genotag von
2. Ende dieses
Kesseln, W
Ort, Zeit un
erschick werden
mehr mindesten
haben; 4. es
zu legen, dam
Unterlage erho
wirtschaftliche
wische je nach
genotages th
Einge tragen;
Bergwerken.
Deutsche Berg
mit dem E
zu legen. In
delegirte
kann zu ge
Kader sind je
wische mit den
Beziehung tre

Ausgewi
nach Verfügung
August der
folgenden
Kaiser, Lapez
sich aufhalten
den Treib
den Braunkoh
Lagen bei Be
Stadt und de
minna
Früh arbeit
sittete denelbe
Ausweisung
Bruchstücke
tenh. Die er
Dreuz wurde
Polizeiregime
angehör. Als
das im Reiter
weiter überleg
Kontrollat dat
was, was von
erlassen. Fri
Verhandlung
den den Meis
wahren Zeugni
den jüngeren,
epistolarische
wird Veramml
verleiten. Er
länder. Ein
wider Unbescho
Erscheit gewi

von denen es
hat er es zu
er sich die G
Grenze herein
die Staatskasse
die man nannte
lich nannte
trick aber hat
manen Volk
Einmal hat
berg Komorn
ein hoher San
kann Ledern
man mag
man wüßte,
er hat dort? Es

Die Plan
er einiger Zei
der See, das
Aufgabe, weid
eine ganz gro
mit Studien
des Polaris
sachte ich, daß
schwimmen, u
es nicht in sol
schwimmend bl
verleiten ein
der laichenden
gewann bald
war Denen

aus
die Plan
er einiger Zei
der See, das
Aufgabe, weid
eine ganz gro
mit Studien
des Polaris
sachte ich, daß
schwimmen, u
es nicht in sol
schwimmend bl
verleiten ein
der laichenden
gewann bald
war Denen

aus
die Plan
er einiger Zei
der See, das
Aufgabe, weid
eine ganz gro
mit Studien
des Polaris
sachte ich, daß
schwimmen, u
es nicht in sol
schwimmend bl
verleiten ein
der laichenden
gewann bald
war Denen

aus
die Plan
er einiger Zei
der See, das
Aufgabe, weid
eine ganz gro
mit Studien
des Polaris
sachte ich, daß
schwimmen, u
es nicht in sol
schwimmend bl
verleiten ein
der laichenden
gewann bald
war Denen

aus
die Plan
er einiger Zei
der See, das
Aufgabe, weid
eine ganz gro
mit Studien
des Polaris
sachte ich, daß
schwimmen, u
es nicht in sol
schwimmend bl
verleiten ein
der laichenden
gewann bald
war Denen

aus
die Plan
er einiger Zei
der See, das
Aufgabe, weid
eine ganz gro
mit Studien
des Polaris
sachte ich, daß
schwimmen, u
es nicht in sol
schwimmend bl
verleiten ein
der laichenden
gewann bald
war Denen

aus
die Plan
er einiger Zei
der See, das
Aufgabe, weid
eine ganz gro
mit Studien
des Polaris
sachte ich, daß
schwimmen, u
es nicht in sol
schwimmend bl
verleiten ein
der laichenden
gewann bald
war Denen

heiter im Trifailter Revier hätten von ehemaligen nach West-
falen ausgewanderten Kameraden die briefliche Aufforderung
erhalten, nach Westfalen zu kommen, wo Arbeiter zu guten
Lohnen gesucht seien. — Ob die eingewanderten Arbeiter
aus eigenem Antriebe oder auf Veranlassung der Zehnerver-
waltungen ihre Kameraden eingeladen haben, mag dahingestellt
bleiben. Bekanntlich haben die westfälischen Bergarbeiter gegen
den Versuch der Zehnerverwaltungen, Arbeiter aus Schlehien
heranzuziehen, energisch Protest eingelegt. Uebrigens wird der
„Tagener Zeitung“ aus Gelsenkirchen geschrieben, daß infolge
der vielen Entlassungen von Bergleuten im rheinisch-west-
fälischen Kohlenrevier, besonders in dem märkischen Revier, ein
unwöhnlich großer Zufluss von Arbeitern aus Ostpreußen
angenommen ist. In den letzten Tagen brachten die Morgen-
blätter regelmäßig Trupps von 30—50 Mann meist polnisch
sprechender Arbeiter aus dem Osten.

Für den Delegirtenkongress der Bergarbeiter am 18. d.
Mts. in Dorfeld sind von den Bergleuten Schröder, Bunte
und Engel dem „Berl. Tagebl.“ zufolge nachstehende Anträge
eingekommen: 1. Der Delegirtenkongress solle beschließen,
das Komitee zu beauftragen, sich mit einer Anzahl von Ver-
tretern aus den deutschen Bergrevieren dahin zu ver-
einigen, um eine Eingabe an den Deutschen Reichstag vor-
zubereiten, worin der Erlass eines Gesetzes gefordert wird,
welches dahin gehen soll, daß a) Arbeitsämter gebildet werden,
welche den Handels- und Gewerbesammlern unter Vorsitz von
Reichsämtern, daß die Wahl der Abgeordneten jedoch nur
aus Arbeitern und durch Arbeiter geschehen darf; b) daß all-
jährlich unangefordert in einem bestimmten Zeitraum Lohn-
kommissionen aus gleichen Theilen von Arbeitern und Unter-
nehmern zu wählen sind, welche den Lohn den Produktions-
und Konsumtions-Verhältnissen entsprechend feststellen; c) daß
Schlichter gebildet werden, welche bei Ausbruch von
Streitigkeiten zu vermitteln haben. — Von Sachsen sind
folgende Anträge gestellt worden: 1. Einen deutschen Dele-
girtentag der Bergarbeiter zu berufen für das Jahr 1890;
2. Ende dieses Jahres eine Vorberatung von Deputirten aus
Sachsen, Rheinland, Schlehien u. s. w. abzuhalten, damit
Ort, Zeit und Programm zum deutschen Delegirtenkongress fest-
gestellt werden kann; 3. Der Delegirtenkongress für Deutschland
soll mindestens fünf Monate vorher öffentlich ausgeschrieben
werden; 4. Es sind statistische Fragebogen bald in Zirkulation
zu setzen, damit schon die Vorberatung der Delegirten eine
Uebersicht über die Verhältnisse der Bergarbeiter in
verschiedenen Vereinigungen unter Bergarbeitern stattfinden,
welche je nach Lage und Verhältnis zum Gelingen des Dele-
girtentages thätig eingreifen und für Aufbringung der Mittel
Sorge tragen; 5. Es ist ein Aufruf zu erlassen an Arbeiter in
Sachsen, die „Deutsche Bergarbeiterzeitung“ zu lesen und zu verbreiten und
sich mit dem dortnämigen Zentralkomitee in nähere Verbindung
zu setzen. In diesem Aufrufe sind die Beschlüsse des Dort-
felder Delegirtenkongresses mit den dazu eingegangenen Anträgen
bekannt zu geben. 7. In allen Revieren und Provinzen im
Reich sind je ein oder mehrere Vertrauensleute zu ernennen,
welche mit dem Zentralkomitee westfälischer Knappenvereine in
Verbindung treten.

Angewiesen aus dem Herzogthum Braunschweig wurde
nach Verfügung der Braunschweiger Polizeidirektion vom
1. August der Tapezierer Wilhelm Frisch. Die Verfügung
lautet: „Der ungarische Staats-
beamte, Tapezierer Wilhelm Frisch aus Budapest, zur Zeit hier
in Braunschweig, wird, da er hier durch seine politi-
schen Verbindungen zur Last fällt des hiesigen Herzog-
thums Braunschweigischen Landes verwiesen und hat binnen drei
Tagen bei Vermeidung der zwangsweisen Wegschaffung die
Stadt und das Herzogthum zu verlassen.“ Am Freitag Vor-
mittag war im Geschäft des Hof-Tapeziers Marx, bei welchem
Frisch arbeitete, der Polizeikommissar Vuffenius erschienen und
hatte denselben. Zunächst nahm er in der Frisch'schen Wohnung
Prüfung vor, bei welcher er außer einigen unverbodenen
Sachen (zwei Einzelnummern des „Sozialdemokrat“ vor-
handen) die erheben wurden später dem Frisch zurückgegeben.)
Frisch wurde nach der Polizei geführt und dort vom
Polizeikommissar Vuffenius befragt, ob er einer Verbindung
angehöre. Als Frisch dies verneinte, ließ ihn Vuffenius in
seinem Bekleidungsstücke bewahren, damit er es sich
weiter überlegen, ob er Ausflucht finden könne. Nach 3 Stunden
wurde Frisch wieder befragt, ob er wieder herausgeholt und da man
aus, was von ihm gewünscht wurde, nicht herausbringen konnte,
wurde Frisch in 32 Jahre alt und, wie das „Braunschw.
Anzeiger“ mittheilt, seit 12 Jahren dort in Arbeit.
Von den Meistern, bei denen er in Arbeit stand, hat er die
beiden Zeugnisse. Bei seinen Kollegen, sowohl den älteren wie
den jüngeren, steht er gut angesehen. Durch irgend welche
unvorsichtige Thätigkeit ist er nicht auffällig geworden. Er hat
verschiedene Versammlungen besucht, doch ist er nie als Redner auf-
getreten. Er lebe, wie tausende Andere, aber — er ist Aus-
wärtiger. Ein zwölfjähriger Aufenthalt in Braunschweig bei
Unbehaltlichkeit sollte doch eine gewisse Garantie der
Sicherheit gewähren. Nachdem Fr. aus dem Herzogthum aus-

gewiesen, läuft er überall dieselbe Gefahr; und so vermehrt er
die Zahl derjenigen, welche grade durch ihre Ausweisungen erst
zur leidenschaftlichen Agitation getrieben werden.
Dresden, 6. d. Mts. Das „Sächs. Wähl.“ schreibt:
„Das Neuhäbner Flugblatt soll ansehnend Gelegenheit geben,
einen Montreprozeß in Szene zu setzen. Außer unserm Herrn
Reißler, der absolut mit der Sache nichts weiter zu thun hat,
als den Druckauftrag entgegenzunehmen zu haben, sich aber
trotzdem immer noch in Haft befindet, hat man natürlich auch
den Verleger der Druckchrift Deimann Leoy in Haft genommen.
Nicht genug damit, sollen auch vier oder noch mehr Personen,
welche am Sonntag beim Austragen des Flugblattes ange-
halten worden sind, inhaftirt worden sein. Genau fest steht
dies beim Zigarrenarbeiter Löwinojn, der am Sonnabend von
seiner Arbeitsstelle weg verhaftet worden ist. Nachmittags fand
dann noch eine Durchsuchung seiner Wohnung statt, die jedoch
nichts zu Tage förderte.“

Königsberg i. Pr. Zur Berichterstattung über den
internationalen Arbeiterkongress waren hieselbst zum 31. Juli
und 5. August im Knechtsteden'schen Gemeinde-Garten für je eine
Hälfte der Stadt Versammlungen einberufen, da die größten
Säle zur Sommerzeit nicht zu haben waren. Die erste Ver-
sammlung war von ca. 1000 Personen besucht, der Saal überfüllt.
Sie wurde jedoch nach 4 stündlicher Dauer aufgelöst.
Zu der am Montag, den 5. August, Abends 8 Uhr, statt-
findenden Versammlung waren (die erste Versammlung war in
musterhafter Ordnung verlaufen) von Seiten der Polizei
die größten Vorbereitungen getroffen; es waren mehrere Polizei-
räthe, Polizeisekretäre, fast sämtliche Polizeikommissare, von
denen zwei die Versammlung überwachten, und ca. 50 Schu-
leute in Uniform erschienen, welche die Saaleingänge, Treppen-
aufgänge, Nebenzimmer und angrenzende Straßen besetzt hielten.
Gegen 8½ Uhr wurde die Versammlung eröffnet. Weit über
1000 Personen standen Kopf an Kopf in dem Saal, während
ebenso viel umherliefen, die keinen Platz finden konnten.
Der Referent, Zigarrenhändler Schulze, ermahnte zunächst die
Menge zu ruhigem Auseinandergehen, falls die Versammlung
wieder aufgelöst werden sollte, da jede Ruhestörung nur den
Besegnern nützen würde, und ging dann auf die Kongress-
beschlüsse ein, die einzelnen Punkte und ihren Werth für die
Arbeiterbewegung, sowie für die gesellschaftliche Umgestaltung
hervorhebend. Bei dem Passus: Die streikenden Heere u. s. w.
sind durch Volksbewaffnung zu ersetzen — erhob sich der eine
überwachende Polizeikommissar in der Absicht, die Versammlung
aufzulösen, was er jedoch nicht zur Ausführung bringen konnte,
da der Vorsitzende die Versammlung schloß. Unter Hochrufen
und dem Gelang der Marseillaise verließen die Anwesenden in
der größten Ordnung und Ruhe den Saal, was selbst von der
gegenwärtigen Presse anerkannt wird.

München, 7. August. Die hiesige Zahlstelle des deutschen
Zirkularverbandes ist polizeilich aufgelöst worden, weil sie als
ein selbstständiger politischer Verein anzusehen sei.

Großbritannien.
Unterhaus. Der erste Lord des Schages, Smith,
erklärte, die Regierung sei nicht geneigt, der ägyptischen Regie-
rung, die Wiederbesetzung von Dongola und Berber zu
empfehlen. Die Politik Englands sei jetzt genau dieselbe, die
sie früher gewesen sei; dieselbe bestehe in der Aufrechterhaltung
der Verpflichtungen, welche England für die Vertheidigung der
Grenze Egyptens eingegangen sei.

Das Oberhaus nahm die zweite Lesung der Apanagen-
bill an.
Die englischen Blätter sprechen sich natürlich sehr be-
friedigt über den Sieg der englisch-ägyptischen
Truppen in Ober-Egypten aus und es fehlt
auch schon nicht an Stimmen, welche eine gründliche
Ausnutzung des Sieges durch einen Vormarsch nach
Süden verlangen. Aus den von den Londoner Blättern mit-
getheilten Einzelheiten über den Kampf bei Tosti geht hervor,
daß General Grenfell mit seiner englischen und ägyptischen
Reiterei bei einer Reconnoissance auf den äußersten linken
Flügel des Lagers der Derwische rückte, welcher sich in voller
Verwirrung befand, da sie sich zum Abmarsch rüsteten. Raum
war die Annäherung der vereinigten britischen und ägyptischen
Truppen vom Feinde bemerkt worden, als die Schützen der
Derwische ein Schnellfeuer eröffneten, vor dem General Gren-
fell einsteilen weichen mußte. Der General schwenkte des-
halb nach Nord-Osten ab und zog da allmähig die
gesammte Streitmacht der Derwische hinter sich her. Auf diese
Weise zogen sich die Briten etwa 4 engl. Meilen vor Tosti
zurück. Dann besetzte die Infanterie eine Stellung auf dem
Hügelrücken. Der Zweck dieser Operationen war, den Der-
wischen jeden weiteren Vormarsch nach Norden unmöglich zu
machen. Hierauf begann das eigentliche Treffen. Oberst Kuchener
übernahm den Befehl über die britischen Truppen und durch-
brach mit mehreren glänzenden Angriffen die feindlichen Reihen.
Den Hauptantheil an dem Siege des Tages hatten aber die
von dem Obersten Wodehouse befehligten zwei Infanterie-Bri-
gaden und die ägyptische Artillerie unter Major Rundle. Diese
Truppen rückten mit der größten Stetigkeit vor, nahmen eine

Stellung nach der andern und trieben den Feind vor sich her.
Auf jedem Punkte stießen sie auf mannhaften Widerstand.
Die Derwische entwickelten die höchste Entschlossenheit und
wichen erst dann, als ihre Reihen durch Verluste allzustark ge-
schwächt waren. Als General Grenfell den entscheidenden Augen-
blick gekommen sah, ertheilte er den Befehl zum allgemeinen
Vorrücken. Die Reiterei besand sich auf dem rechten und die
Infanterie auf dem linken Flügel. Von der Zeit an war der
Ausgang des Kampfes nicht einem Augenblick zweifelhaft. Mit
niemals wankender Festigkeit vordrückend, warf die Infanterie
den Feind von Punkt zu Punkt, von Hügel zu Hügel zurück.
Aber nicht zufrieden mit ihrem hartnäckigen Widerstand, machten
die Derwische von ihren Stellungen aus einen Vorstoß nach
dem andern auf die vordrückenden Kolonnen. Ihre verweifelten
Angriffe vermochten aber nichts gegen die Standhaftigkeit
der Infanterie-Brigaden auszurichten. Auf dem ägyptischen
äußersten rechten Flügel kam es zu Einzelscharmellen, indem
die Derwische versuchten, diesen zu umgeben. Hier leistete die
Reiterei vortreffliche Dienste. Bei diesen Angriffen fielen
Njumi und seine Emire. Nach siebenstündigem Kampfe war
der Sieg General Grenfell's vollkommen. Das Heer der Der-
wische war vernichtet, die Führer waren getödtet. 1500 feind-
liche Kämpfer bedeckten das Schlachtfeld, während die zer-
streuten Reste der Streitmacht Njumi's im vollen Rückzug be-
griffen waren. — So lautet die englische Darstellung des
Kampfes, allein die französischen Blätter sprechen die Vermu-
thung aus, daß es sich weniger um einen Kampf als um ein
Gemetzel handele.

Frankreich.
Die das Journal „Parti national“ meldet, ist der
Hauptmann Bujac, welcher zu dem Generalstab Bou-
langer's gehörte und später dem Ministerium des Auswärtigen
attaché war, unter der Beschuldigung, um Geld Spionendienste
geleistet zu haben, verhaftet worden.

Das Schwurgericht verurtheilte Boningre, welcher
angeklagt war, dem dänischen Botschaftsrathe Hansen
diplomatische Aktenstücke entwendet und letztere an Deutschland
verkauft zu haben, zu 12 Jahren Zwangsarbeit, ferner wurde
demselben der Aufenthalt in Frankreich für 10 Jahre untersagt.

Italien.
Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Konstan-
tinopel hat die Pforte dem italienischen Bot-
schafter die Versicherung gegeben, daß das gerichtliche Ver-
fahren behufs Verhaftung des Mörders des bei Canea er-
schossenen italienischen Matrosen ein schnelles und exemplarisches
sein werde.

Amerika.
Rio de Janeiro, 20. Juli. Der Polizeipräsident hat
einen Befehl erlassen, in welchem unter Androhung schwerer
Strafen die Ruße: „Es lebe die Republik! Nieder mit der
Monarchie!“ verboten und öffentliche Versammlungen zu poli-
tischen Zwecken untersagt werden.

Soziale Uebersicht.

Zur Arbeiterbewegung in Mecklenburg. Auch hier
in Mecklenburg regt sich der Geist unter den Arbeitern immer
mehr und mehr. Die letzten Reichstagswahlen lieferten er-
staunliches Material, dort, wo Niemand, am allerwenigsten
unsere deutschen Kartellbrüder eine Bewegung unter den Arbeitern
vermutheten, traten jetzt Erscheinungen zu Tage, welche unsern
nordischen Junkern das Herz erbeben ließen. Wohl viele der
Herren mochten wohlgefällig zu den Worten des Mühlhausener
Großindustriellen Herrn Jean Dollfus, welcher 1878 im
Deutschen Reichstage gelegentlich der Verathung des Sozialisten-
gesetzes äußerte: „Bei uns gibt es keine Sozialdemokraten“,
gemeint haben, auch wir können ruhigen Herzens dasselbe
äußern, und nun — diese entsetzlichen Wahrnehmungen des
Jahres 1887, ja man kann es den Herren Junkern und den
mecklenburgischen Innungsbrüder nicht verdenken, wenn
sie mit Grauen der Zukunft gedachten, mit allen
Mitteln diesem allgewaltigen Eindringen des erwachenden
Geistes Einhalt zu gebieten suchten.

Ja, es war auch schrecklich, wenn selbst die Junker auf
ihren Gütern zu der Ueberzeugung gelangten, daß auch in
Mecklenburg diese Pest — „Aufklärung“ genannt — Eingang
gefunden. So unter andern. Ein kleines Beispiel mag die
Sache erläutern.
Bei der letzten Reichswahl im zweiten mecklenburgischen
Reichstagswahlkreise ließ der gestrenge Herr Gebieter am Tage
der Wahl sämtliche Wahlberechtigten seines Bezirks zusammen-
treten. Nach einer zündenden Ansprache an dieselben, in
welcher die bekannte Parole ausgegeben wurde, und nachdem
auch nicht vergessen war, den Bösewichtern von Sozialdemo-
kraten eins tüchtig auszuweisen, wurde denn jedem einzelnen
der Stimmzettel, lautend auf den Kandidaten der Kartell-
brüder, in die Hand gegeben.

Fische würden rund $\frac{1}{2}$ der Eier gelegt haben, welche von den
in Freiheit gebliebenen Fischen wirklich gelegt sind. In ähn-
licher Weise, wie hier auf einem beschränkten Bezirke über ein
beschränktes Gebiet, hofft man Genaueres über den gesamten
Meeresinhalt zu erfahren und das Gesamtleben des Ozeans
festzustellen.

Die Kraft der Bohnen. Der Naturforscher Grebant
hat die Explosionskraft der Bohne genau festgestellt. Be-
kannlich bedienen sich die Anatomen seit langer Zeit, um die
Knochen des Schädels zu trennen (ohne sie zu zerbrechen), einer
eigenenthümlichen Methode; sie füllen die knöchernen Gehirnschädel
mit trockenen Bohnen oder Erbsen und tauchen dann den
Schädel in ein Gefäß mit Wasser. Nach einiger Zeit saugen
die Bohnen das Wasser ein und quellen auf. Der von ihnen
geübte Druck ist ein so starker, daß die Schädelknochen sich
trennen, und sogar eine Anzahl der fest zusammenhängenden
Fähnen abgedrückt werden. Nun hat H. Grebant den
durch die Bohnen erzeugten Druck gemessen. Er nahm eine
eiserne Flasche, in denen man das Quecksilber ausbe-
wahrt. Diese Flasche enthielt 3 Liter. Er füllte nun ein gutes
Liter Bohnen hinein und brachte sodann inmitten derselben ein
mit Wasser gefülltes, an eine starke Kupferröhre befestigtes
und mit Manometer verbundenes Fläschchen aus Kautschuk an.
Nun füllte er die Flasche mit Wasser und wartete, bis die
Bohnen angefeuchtet waren. Der somit auf das Kautschuk-
fläschchen ausgeübte Druck pflanzte sich auf den Manometer
fort, der fünf Atmosphären anzeigte, der mittlere Druck eines
Dampfessels. Das ist die Kraft der Bohnen!

Der Gipfel der Schamhaftigkeit. Aus Madrid
wird geschrieben: El colmo del pudor, so nennen hiesige Blätter
einen Vorgang, der ihnen aus den Basischen Provinzen ge-
meldet wird. Mehrere junge Mädchen eines kleinen Ortes in
der Nähe Bilbao's überfielen einen Trupp Soldaten beim
Baden in dem Flusse Nervion, an einer Stelle, die allerdings
der Landstraße etwas nahe lag. Entrüstet über diesen Mangel
an Schamhaftigkeit seitens der Jünger des Mars, warfen
die Dorfschönen sich zu Priestern und der leuschen Diana auf,
bemächtigten sich eines Hauses aus Gassesteine und richteten
mit diesen Geschossen die badenden Soldaten darauf zu, daß
zwei derselben schwer verletzt nur mit Roth und Mühe von
ihren, meist gleichfalls verwundeten Kameraden in die Bische-
der gegenüberliegenden Ufer gerettet werden konnten. Jetzt
haben die Basischen Schönen sich vor dem Strafrichter wegen
ihrer allzu reizbaren Schamhaftigkeit zu verantworten.

von denen es abhing, ob er ein Unternehmen erhielt und
daß er es zu billigen Bedingungen erhielt, und dadurch hielt
er sich die Goldquelle beständig offen.
So, manchmal brachte er auch dem Staate wirklichen
Gewinn herein, indem er durch Scheinmanöver seine gegen
die Staatskasse verschworenen Rivalen hinter's Licht führte.
Nun kam dann auch dem Staate zu gute. Diese frei-
liche aber hatte er diesen Namen und bei dem armen ge-
wöhnlichen Volk nicht minder.
Einmal fing er an, auf dem Monastor, dem Kloster-
von Komorn, Weingärten anzulassen. Der Monastor ist
ein hoher Sandhügel oberhalb Uj-Szöny. Schon daraus
kann Jedermann errathen, welche köstliche Wein dort
wachsen mag. Weingärten, in denen nur ordinäre
Reben wächst, sind aber für solche, die sie nicht selbst
besitzen, ein freßendes Kapital. Trotzdem aber kaufte
er dort gegen zehn Morgen Weingärten an.
Dies erregte Aufsehen in der Geschäftswelt. Was will
er dort? Es muß dort irgend eine Goldgrube sein.
(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Die Planktonexpedition, über welche wir unsern Lesern
vor einiger Zeit berichtet haben, soll Arbeit über das Plankton
der See, das heißt alles, was sich darin befindet, geben. Die
Aufgabe, welche sich der Leiter der Expedition gestellt hat, ist
eine ganz gewaltige. Schon vor einem Jahrzehnt war Den-
ken über die Eier einiger Olfische, insbesondere
des Dorsch, der Scholle und der Flunder beschäftigt. Er
stellte fest, daß diese Eier in befruchtetem Zustande in der Olfsee
nicht in solchen Jahren und an solchen Orten, wo die Eier
schwimmend bleiben, durch quantitative Durchschnittsbestimmung
der laichenden Fische in grober Annäherung auf die Menge
der laichenden Fische sich würde machen lassen. Dieser Plan
wurde bald weiteren Umfang, und von 1882 an
war Denen beschäftigt, nicht bloß die schwimmenden

Damit nun aber die Sozialdemokraten eine Stimme bekommen, meinte zumeist unser großmütiger Aroubaron, so werde er einen sozialistischen Zettel in die Wahlurne werfen. Jetzt ging es unter Borantritt eines Musikchors erst zur Schänke und von dort aus zum Wahlbureau, wo der strenge Herr bereits stand, um den Zettel eines Jeden in die Wahlurne zu werfen.

Mit freudestrahelndem Gesicht schritt man denn auch nach Schluss der Wahl zur Leerung der Wahlurne. Wie konnte es denn anders sein, als daß Alle im Sinne des Herrn Junkers gestimmt hatten.

Und doch schien dem Wahlvorsteher beim Öffnen und Verlesen der abgegebenen Stimmen ein Grausen zu überkommen.

Mit einem unheilverkündenden Blick auf seine ihn umgebenden Untergebenen theilte er das Wahlergebnis mit und — ein donnerndes Hurrah der anwesenden Outsarbeiter antwortete ihm. Es lauteten nämlich sämtliche Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten Schwarz. Diese und ähnliche Fälle lassen sich stuhndweise aufzählen; kein Wunder, daß nun die gesammte Staatsmaschine in Bewegung gesetzt wird, um diesem Unwesen Einhalt zu gebieten.

Mit Argusaugen werden alle Bewegungen der Arbeiter bewacht, alles, was den Schein eines politischen Charakters in sich tragen könnte, wird unterdrückt, und wo die Behörden nicht scharf genug eingreifen, da tritt die Reptilienpresse in mahrender Weise an die Behörden heran, daran erinnernd, daß alle Bestrebungen der nichts besitzenden Klassen nur sozialistische Agitationen sein können. Viele Leser werden sich noch der Versammlungsverbote und Auflösungen erinnern, mit welchen der aus Hamburg ausgewiesene Tischler Slomke verfolgt wurde und doch wollte Slomke nur rein gewerkschaftliche Vorträge halten. Auch jetzt haben wir wieder eine Anzahl Versammlungsaufhebungen und Verbote zu verzeichnen. — Niemand wird doch ein Thema: Ueber die Schädlichkeit des denaturirten Spiritus zu gewerblichen Zwecken, und wie ist hier Abhilfe zu schaffen, für ein sozialdemokratisches halten wollen.

Anders dies bei den medlenburgischen Behörden. Ueber obgenanntes Thema sollte kürzlich in einer Reihe von Städten der Tischler Schade aus Berlin einen Vortrag halten.

Schon daß derselbe aus Berlin sei, schien den Behörden nicht recht geheuer zu sein, nun erst wie derselbe von einer Petition an den deutschen Reichstag sprach und Zweifel fallen ließ, ob der jetzige Reichstag auch die Wünsche der Arbeiter be-

rücksichtigen würde, ja, als er fogar weiterging und — wenn's auch nur Wunsch war — meinte, der künftige Reichstag dürfe vielleicht, infolge seiner neueren Zusammensetzung, den Wünschen der Arbeiter und mithin auch der an den Reichstag gerichteten Petition mehr Wohlwollen entgegenbringen, da war's erwiesen, daß man nur eine politische Agitation bezwecke. Derartige Versammlungen müssen aufgelöst und verboten werden, meinte jedenfalls der Herr Stadtwachtmeister von Schwerin, und siehe da, es geschah also: Mit den pathetischen Worten: „Dalt! Sie! — Sie sind nicht bei der Stange geblieben, die Versammlung ist aufgelöst“ wurde der Staat gerettet. — Ueber eine andere Versammlung, welche einen Tag später in Wismar mit derselben Tagesordnung stattfand und welche nicht aufgelöst wurde, schreibt der „Rostocker Anzeiger“ in einer dem Blatte eigenen denunziatorischen Art: „Wie die sozialistische Partei bereits für die künftigen Reichstagswahlen agitirt, daß beweist einmal wieder folgendes: Zum Montag, den 22. Juli war nach Stadt „Altona“ eine öffentliche Versammlung einberufen mit der unheimlichen Tagesordnung: Die Schädlichkeit des 2c. Bei der Wahl des Lokales mußte es stuhlig machen, wie man beim Betreten des Saales nur Arbeiter und Gefellen vorfand, nur hier und da war ein besser Situirter zu finden.

In einem stichenden Vortrage legte der Referent des Tages die verschiedenen Denaturierungsverfahren dar, welche er zum größten Theil mehr oder weniger für schädlich fand. Zum Schluss meinte Redner, die zu diesem Zwecke ausgearbeitete Petition solle erst dem künftigen Reichstago zugewandt werden, da vielleicht die Arbeiter von diesem mehr zu erwarten hätten. — „Obwohl“ heißt es dann weiter, „der Redner mit keinem Worte der Sozialdemokratie erwähnte, sondern nur von einer Petition an den Reichstag und Arbeitervertreter sprach, so war doch selbst den Fernstehendsten klar, daß die stattgefunden Versammlung nur zum Zwecke der sozialistischen Agitation stattgefunden, wenn man noch obendrein bedenkt, wie gerade die sozialistischen Stimmen im 2. Medlenburgischen Wahlkreise in letzter Zeit gewachsen.“ So der ungefährige Inhalt genanntes Blattes.

Die Rostocker Behörde hatte denn auch nichts Eiligeres zu thun, als auf Grund dieser und noch verschiedener anderer Denunziationen der Kartellpresse die dort angemeldete Versammlung mit derselben Tagesordnung und demselben Referenten im letzten Augenblicke, wenige Stunden vor Beginn der Versammlung zu verbieten. Dem Wirth des Versammlungslokales wurde

unter Strafandrohung verboten, sein Lokal zu der Versammlung herzugeben und der Einberufer der Versammlung erhielt ein langes Verbot der Versammlung, worin es unter anderem heißt: „Da anzunehmen sei, daß auch die hiesige Versammlung, welche in Schwerin und Wismar politische Tendenzen verfolgte und da zu derartigen Versammlungen die Genehmigung des Ministeriums des Innern erforderlich sei, so wird die hiesige Versammlung hiermit verboten.“ — Da die Versammlung öffentlichem Anschlag bekannt gemacht war, so strömten wieder weiter hinaus nach dem einzigen noch dem Arbeiter gebührenden Versammlungslokale der „Friedrichshalle“. Wohl hat man versucht, durch Militärverbote und andere Maßregelungen dieses Lokal den Arbeitern zu entziehen, aber der Wunsch hat sich durch nichts beirren lassen. Zu wünschen wäre nur, daß er auch später sein Lokal den Arbeitern stets zur Verfügung stellt.

In Güstrow sprach am Freitag, den 26. Juli, Herr Schöber über dasselbe Thema. Als derselbe am Schlusse seines Vortrages meinte: „Nun besteht unsere Aufgabe nicht darin, wir die Versammlungen besuchen, uns durch Bravourreden dem Redner einverstanden erklären, Resolutionen verlesen, sondern unsere Hauptaufgabe muß nun die sein, dafür zu sorgen, daß die veränderte Petition mit tausenden und abertausenden von Unterschriften bedeckt dem Reichstago unterbracht die mit der Ueberwachung betraute Behörde der Polizei-Protokollist Koehn (sein Beamter) Redner: „Da der Redner soeben das politische Gebiet betreten, erkläre ich die Versammlung für aufgelöst.“ Auf die Frage: „ob Herr Köhn wisse, was Politik sei“, antwortete der Herr, Redner habe soeben vom Reichstago gesprochen. „Auf die Frage: „ob Herr Köhn wisse, was Politik sei“, antwortete der Herr, Redner habe soeben vom Reichstago gesprochen. „Auf die Frage: „ob Herr Köhn wisse, was Politik sei“, antwortete der Herr, Redner habe soeben vom Reichstago gesprochen.“

Nun, hienichtlich werden sich die medlenburgischen Behörden durch diese und ähnliche kleine Spielereien nicht einschrecken lassen, sondern unbeirrt ihren Weg weitergehen. Auch die Arbeiter Medlenburgs wird bald ein besserer Morgen anbrechen. Auch sie werden schließlich einsehen, daß sie nur Rettung in sich selbst finden, wenn sie sich den Reihen des kämpfenden Proletariats anschließen.

Theater.

Donnerstag, den 8. August.
Brok's Theater. Die lustigen Weiber von Windsor.
Abolph Ernst-Theater. Die junge Garde.
Schaubühne-Theater. Unser Gast.
Friedrich-Wilhelmsstädtsches Theater. Ciroffé-Ciroffé.
Viktoria-Theater. Geschlossen.
Ständ-Theater. Wild-Afrika.
Passage 1 Cr. 9 M. — 10 M.
Kaiser-Panorama.
In dieser Woche:
Neu! Zweite Wanderung d. Pariser Weltausstellung. Zum ersten Male: Der Einzug König Humberts in Berlin. Im Ausstellungsparc: Erster Cycl.: Pariser Weltausstellung.
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn. 8 Reisen 1 M.

Schweizer-Garten.

Heute Donnerstag:
Grosse Extra-Vorstellung
zum **Benefiz**
der gesammten Theater-Mitglieder. Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Volksbelustigungen. Ball.
Entree 30 Pf. Alles Nähere d. Anschlagtafeln.

Große öffentliche Versammlung der Maler und Anstreicher

am Freitag, den 9. d. M., Abends 8½ Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstr. 112.

- Tages-Ordnung:
1. Welche Wege schlagen wir ein, um das Erungene hochzuhalten?
2. Wahl von fünf Vertrauensleuten.
3. Verschiedenes.

Alle Kollegen sind verpflichtet zu erscheinen.

Die Lohnkommission.

Oeffentliche Versammlung der Schlosser u. Maschinenbauarbeit. Berl.

heute Abend 8½ Uhr in Scheffer's Salon, Inselstraße 10

- Tages-Ordnung:
1. Ist in unserem Gewerbe eine neunständige Arbeitszeit durchführbar? 2. Wie verhalten wir uns gegenüber ausländigen Kollegen? 3. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. Zahlreiches Erscheinen dringend geboten.

J. A. C. Pirch,
Veteranenstr. 10.

Achtung!

Wir ersuchen alle diejenigen, welche noch Listen zur Unterstützung streikender Maler und Anstreicher in Händen haben, uns dieselben, gleichviel ob etwas darauf geschrieben ist oder nicht, sobald als möglich in meiner Wohnung, Nemenstr. 61, oder Sonntag Vormittags von 10—12 Uhr und Montag Abends von 8—10 Uhr, Dresdenerstr. 116, einzuliefern.

Die Lohnkommission der Maler und Anstreicher Berlins.

Im Auftrage:
H. Wentker.

Berlin S.-O. August Herold, Berlin S.-O.

Ar. 5. Reichenbergerstraße Ar. 5,
zwischen Kottbuser Thor und Ritterstraße.

Möbel- und Polsterwaaren Fabrik.

Sediegene Arbeit. Zeitgemäße Preise. Coulaute Zahlungsbedingungen.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Bergstraße 60 das **Weiß- und Baiertisch Bier-Lokal** des Herrn Köfing käuflich übernommen habe, und bitte um geneigten Zuspruch.
Chr. Hilgenfeld,
Bergstr. 60.
996

St Teppdecken-
Fabrik, Oranienstr. 158,
Emil Lefèvre.
Große Auswahl **St Teppdecken** in Seide, Wolle und Satin von 4 bis 30 Mark. **Einzelne wenig beschädigte Teppdecken** à 3 M.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren
Gr. Lager, bill. Preise!
Emil Heyn,
Brunnenstr. 28, Hof part.
Theilz. nach Uebereinkunft.

Cigarren-Fabrik
empfiehlt
Franz Frank,
No 2, Köllner-Strasse No. 2.
383

Achtung! Maurer!

In Magdeburg ist Streik ausgebrochen. Zuzug fernzuhalten! Näherer Bericht folgt.

Im Auftrage:
W. Kerstan

Herren-Partie

des **Vereins der Klempner Berlins und Umgegend**
findet **Sonntag, den 11. August** nach Grünau statt.
Treffpunkt: Morgens 8 Uhr auf dem Görlitzer Bahnhof. Sämmtliche Mitglieder werden hiermit eingeladen.

Soeben erschien:

Das Gesetz,

betreffend

Invalidiäts- und Altersversicherung der Arbeiter
Mit Erläuterungen von **August Bebel** und **Paul Singer**.
Kartonirt Preis 50 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Soeben erschien:

Die Geschichte der Erde.

Von **H. Gommeli**.

Heft 7.

à Heft 20 Pfennige.

Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Fachverein der Tischler. (Für den Osten)

Donnerstag, den 8. August, Abends 8 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 73.

Versammlung

Tagesordnung:
1. Haben wir ein Bedürfnis, uns zu organisieren? 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste willkommen.
Der Bevollmächtigte.

Allgem. Metallarbeiter-Verein Berlins und Umgegend. Große Versammlung

Donnerstag, den 8. August, Abends 8 Uhr, in **Königshof**, Bülowstr. 37.

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag.
2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Verschiedenes und Fragelasten.
Gäste haben Zutritt. Um recht zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Arbeitsmarkt.

Ein Gemachregeller (verheiratet, 31 Jahre), bittet Gesinnungsgenossen, die im Stande sind, ihm eine Stelle als Hausdiener, Bote oder dergl. nachzuweisen, um diese Gefälligkeit per Adresse **S. Bänisch**, Triftstr. 43.
994

Etuisarbeiter und Buchbinder dauernd gesucht
Rixdorf, Zietzenstr. 76.

E. Lasker a. Gehänge verl. Wienerstr. 36a.

Im Verlage von J. S. W. Pirch in Stuttgart

ist soeben erschienen:

Der Neue Welt-Kalender für 1890

dreizehnter Jahrgang

Inhalt:
Kalenarium. — Märkte. — Im Krisisjahr des Jahres (1889). — Mädchen aus dem Walde (A. Schwanitz). — Wiebergeboren. Erzählung von A. Schwanitz. — Biati. Bericht mit Illustration. — Der Kind Benjamin. Humoreske in vier Akten. — Die Verheiratungsmittel der Ehegatten. Von Prof. Dr. A. Dodel. — Sturm und Regen. Gedicht von Herrn. Ding. — Ein rother Mann. Erzählung von J. G. Schwanitz. — De alten Schwidweln. Gedichtliche Skizze. — Ein der Sonne. Von Oswald Köpfer. — Der „verschleierte“ Schulze (Schwanitz). — Der Hies. Erzählung von G. Janger. — Ueber den Einfluß des Weifers auf die Gesundheit der Arbeiter. Von A. Gommeli. — Fünfzig Pfennig (mit Portrait). — Julius Schiller (1811-1889). — Hergoladen. Gedicht. — Gey. — Krauß (Bild). — Hiesgrunde Blätter (Märkte). — Arabis. Rätzfel 2c. — Post-u. Telegraphen-Nachrichten. — Hierzu vier Kupfer: Die vier Jahreszeiten. — Ein Wandkalender.

Preis 50 Pfennig.

Zu beziehen durch die Expedition: Zimmerstr.

Polizeipraktiken gegen streikende Arbeiter.

Aus dem „gemüthlichen“ Sachsen und zwar aus Zwickau, wo jetzt die Maurer und Zimmerer streiken, theilt der „Grundriss“ eine Anzahl polizeilicher Eingriffe in das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter mit, die ganz unerhört, ja geradezu empörend sind und die einen Beweis dafür liefern, daß, wie wir schon öfters Gelegenheit hatten, zu betonen, die Ränker und sonstigen Feinde jenes Rechtes durchaus keine Ursache haben, gegen den angeblichen „Mißbrauch“, der damit getrieben wird, nach neuen Strafgesetzen zu schreien, daß vielmehr die Behörden vollkommen ausreichen, den Gehorsam eines jeden Streiks in gewünschter Weise beeinflussen zu können. Ist ein solches Vorgehen einer Polizeibehörde, wie es die Zwickauer in den nachstehenden durch Namensunterstützung der Betroffenen als vollkommen wahr verbürgten Fällen beobachtet hat, gesetzlich zulässig, dann sage man, ob es nicht mehr ist, wenn wir behaupten, das ganze Koalitionsrecht ist ein Chimäre.

Man höre nur:
1. Am 28. Mai d. J. wurde der Zimmerergeselle Schöner, als er sich auf der Bahnhofstraße befand, durch einen Schutzmännchen und nach der Polizeiwache gebracht. Zwei verlangte man ihm „das Geld“ ab und der Polizeibehörde erklärte ihm: bei Vermeidung von 30 Mark Geldstrafe oder sechs Tagen Haft, solle er sich nicht mehr auf der Bahnhofstraße sehen lassen!!! Man wollte Locher auf diese Weise zwingen, sein gutes gesetzliches Recht, in genannter Straße auf weisende Stellen zu worten, um sie zu bewegen, sich den Streikenden anzuschließen, aufzugeben.

Am 14. Juni wurde Locher abermals zum Polizeirevier beschieden. Der sagte ihm, die Staatsanwaltschaft habe die Polizeibehörde benachrichtigt, Locher habe durch sein Verhalten auf dem Bahnhofe die angeordnete Strafe verweigert, daß die Polizei nochmals erlassen sein (!), wenn Locher binnen 48 Stunden Arbeit nachweise, andernfalls bleibe es bei den 30 M. Geldstrafe oder sechs Tagen Haft (!!!!).
2. Ein Zimmermann, Vogel, wurde auf der Strafe verhaftet, weil er einen ihm begegnenden Kollegen mit den Worten anredete: „Nun, ich glaube, Du bist abgereist.“ Der Polizeisekretär ermahnte den bestrafenden Schutzmännchen, sich Vogel genau anzusehen; treffe er sich wieder, so komme er hin, wo die anderen Streikenden seien. Diese Drohung ist um so unqualifizierbarer, als bis dahin keiner der Streikenden sich in Haft befand.

3. Der Maurer Gluse löste einem Kollegen eine Eisenbahnfahrkarte nach Olmütz. Daraus wurde er von einem Bedarmen auf die Bahnhofswache gebracht und ihm gesagt: wenn er nochmals sich auf dem Bahnhofe sehen lasse, werde er eingesperrt.

4. Ähnlich erging es dem Stundateur Berger, welchen der Bedarm auf dem Bahnhofe in Verdacht hatte, wackelnden Maurern Fahrkarten geben zu wollen.

5. Der Maurer Löschner wurde aus dem Bauplatz des Bahnhofes hinstrikt und zum Polizeisekretär gebracht. Der erklärte ihm: er dürfe kein Reisegeld und keine Unterstützung an sich darüber bei der Amtshauptmannschaft bekümmern und diese solle die Polizei angewiesen, einzuschreiten. Auch dem Löschner wurde die Drohung, wenn er nicht binnen 48 Stunden Arbeit nachweise, so habe er 30 M. Geldstrafe oder sechs Tage Haft zu erwarten.

6. Die gleiche Drohung widerfuhr dem Zimmermann Müller, der in der Bahnhofstraße polizeilich hinstrikt wurde unter dem Vorwande, Versammlungs-Einladungen ausgetragen zu haben.

7. Der Maurer König wurde am Nachmittag des 13. Juni auf der Bahnhofstraße hinstrikt und nach der Hauptwache geführt. Dort nahm man ihm seine 26,30 M. betragende Baarhaft ab. Der Polizeisekretär ließ ihn zum Staatsanwalt gehen und dieser machte seinem Herzen dadurch Luft, indem er die streikenden Maurer „Haukenjer“ nannte. Dann wurde König unter Zurücklassung seiner Baarhaft gehen.

8. Der Maurer Wildenhain sprach am 17. Juni in der Bahnhofstraße mit einem Kollegen wegen Einrichtung einer Wohnung. Das Auge der Polizei erspähte ihn, er wurde hinstrikt und mit der Drohung, drei Tage Haft zu erwarten, wenn er sich noch einmal „arbeitslos“ sehen lasse, weggeschickt.

9. Der schon genannte Maurer Löschner wurde am 14. Juni abermals hinstrikt. Da verfügte der Polizeisekretär, sämtlichen Schutzmännchen sei zu befehlen, Löschner, wenn er auf der Straße „Gute anhalte“, welche „kommen und arbeiten wollen“, zu verhaften.

10. Der ebenfalls streikende Maurer Löhring wurde auf der Straße verhaftet und zum Bürgermeister gebracht; der erklärte ihm, daß er sich „arbeitslos umhertreiben“ und bei Vermeidung von Bestrafung binnen 48 Stunden Arbeit nachzuweisen habe.

11. Die Maurer Müller und Grünwald wurden am 11. Juni von einem Bedarmen aus dem Wartesaal des Bahnhofes verwiesen und, als sie den Perron betraten, verhaftet. Der Bürgermeister Urban eröffnete ihnen, wenn sie nochmals auf dem Bahnhofe oder auf der Straße behufs Agitation sich sehen ließen, so erhielten sie 5 Tage Haft.

Den Herren Kunst- und Innungsbrüdern und noch sonstigen „Cavalen von Thron und Altar“ muß das Herz im Leibe lodern, wenn sie von diesen „schneidigen“ Maßnahmen gegen die „Wähler“ und „Heher“ hören, und es soll uns durchaus nicht wundern, wenn der Zwickauer Polizeisekretär und der Bürgermeister Urban von irgend einer Innung demnächst zu „Hilfsmännern“ ernannt werden und vom nächsten „Handwerker- oder Innungstag“ eine Zustimmungsadresse erhalten. Andere Leute dagegen werden aus diesen Polizeipraktiken außer dem Gangs vermerken auch noch die Schlussfolgerung ziehen, daß in Sachsen thatsächlich nur die Knete noch fehlt, um die Arbeiter der Polizei gegenüber in dieselbe Lage wie in Rußland zu bringen.

Mittheilung der Steuerdeputation die Gemeindeforderungen für das 2. Quartal 1888 nicht gezahlt, die Exekution ist fruchtlos ausgefallen. Er war pro 1888/89 zur 10. Klassensteuerstufe veranlagt und ist auf Reklamation von der Zahlung ganz befreit worden; für 1889/90 ist er zur 4. Klassensteuerstufe veranlagt, wogegen er nicht reklamirt hat. Der Ausschuss geht von der Ansicht aus, daß R. zwar im 2. Quartal v. J. seine Abgaben nicht bezahlte, wohl aber die späteren Zahlungen geleistet habe, während er thatsächlich von der Zahlung befreit worden ist, also nichts bezahlt hat. Daß der Ausschuss zum Entschlus gekommen ist, die Befreiung des R. in der Wählerliste zu beantragen, ist nach den von ihm selbst vorgetragenen Thatsachen und angesichts der Bestimmung, daß R. seit einem Jahre an Klassensteuer einen Jahresbetrag von mindestens 8 M. gezahlt haben müßte, wenn er sein Bürgerrecht sich hätte erhalten wollen, unverständlich. Wenn der Bericht des Ausschusses den Sachverhalt richtig darstellt, hat R. unseres Erachtens sein Bürgerrecht eingebüßt und kann er nicht in der Liste verbleiben.

In einem andern Falle hat der Reklamant im 2. Quartal 1888 nach Mittheilung des Magistrats, bezw. der Steuerdeputation seine Abgaben nicht gezahlt, er selbst behauptet das Gegenheil und legt die Quittung für April-Juni d. J. vor. Der Ausschuss ist mit Recht der Meinung, daß die Nichtzahlung der Steuern den Verlust des Wahlrechts nur dann zur Folge hat, wenn die Nichtzahlung im Laufe des letzten Jahres nachgewiesen wird, dem Reklamanten gegenüber dies aber nicht nachgewiesen ist, und empfiehlt deshalb die Aufnahme desselben in die Wählerliste. Wir stimmen dem Ausschusse bei, müssen aber doch fragen, weshalb er hier den Nachweis dem Magistrat auflegt, während er in dem im ersten Artikel erörterten Falle den Nachweis der Erfüllung seiner Pflichten von dem Reklamanten verlangt. — Im dritten Falle soll der Magistrat erst genaue Auskunft über die von ihm behauptete Nichtzahlung von Steuern seitens der Reklamanten geben. Es würde unseres Erachtens sich sehr empfehlen, daß die Stadtverordneten-Versammlung sich vom Magistrat auch einmal Auskunft darüber geben ließe, wer ihm eigentlich für die Fortführung der Wählerliste verantwortlich ist, bezw. welcher Art die Thätigkeit des Wahlbureaus hierbei ist, wer die Mittheilungen beispielsweise der Steuerdeputation auf ihre Richtigkeit prüft und wer in zweifelhaften Fällen darüber, ob Jemand in die Liste der Wähler aufgenommen, bezw. darin gestrichen werden soll, die Entscheidung trifft. Wir sind überzeugt, daß hier durchaus nicht Alles ist, wie es sein sollte, und daß die Entscheidung über Aufnahme in die Wählerlisten und Streichung in denselben häufig bei Personen liegt, welche dieser Aufgabe nicht voll gewachsen sind, so tüchtige Beamte wie auch sonst sein mögen.

Ein Schlosser, welcher zur dritten Steuerstufe veranlagt war, ist von Zahlung der Steuer befreit worden, wie es scheint, weil er Inhaber des eisernen Kreuzes ist und sein Einkommen nur dem der zweiten Steuerstufe entspricht. In dem Reklamationsbescheide ist offenbar der Sachverhalt nicht genügend festgestellt worden, so daß der Beschluß des Magistrats, den Schlosser in der Wählerliste zu streichen, gerechtfertigt erschien; erst nachträglich ist die Sache aufgeklärt worden, und der Ausschuss hält dafür, daß dem Reklamanten das Wahlrecht belassen werden müsse. Mehrere andere Personen sind auf Reklamation von der Steuerzahlung ganz befreit oder in die erste Stufe herabgesetzt worden. Ihre Reklamationen mußten erfolglos bleiben, weil nur die zur zweiten Klassensteuerstufe Veranlagten das Wahlrecht ausüben können. Diese dritte Klasse von Reklamationen gegen die Richtigkeit der Wählerliste hat also zur Erörterung wichtiger Grundzüge keinen Anlaß geboten. Eine auffallende Erscheinung aber ist es, daß noch immer, 33 Jahre nach Erlaß der Städteordnung, die Behörden — es sind nicht allein die städtischen Behörden Berlins, welche von einander abweichende Ansichten hegen — noch immer nicht zu einer leidlich übereinstimmenden Auslegung der Bestimmungen dieses Gesetzes gelangt sind, und daß sich, je länger es in Kraft ist, desto mehr Streitpunkte finden. Eine große Reihe solcher hat bereits die Verwaltungsgerichte beschäftigt, und noch immer tauchen neue auf.

Von dem Umfange der der städtischen Verwaltung zugefallenen Aufgabe, die Straßenzüge Berlins zu bessern, erhält man erst bei der Lektüre des Berichtes über die Gemeindeverwaltung 1882/1888 ein einigermaßen anschauliches Bild und man lernt es begreifen, daß selbst Einheimische sich in den neu erstandenen Straßenzügen, nicht mehr zurecht finden. Innerhalb der letzten 7 Jahre wurde der Straßenbau in Berlin so emsig betrieben, daß man fast an die weiland Hausmann'sche Periode in Paris erinnert wird. Vor allen Dingen fällt in diese 7 Verwaltungsjahre die Anlage der Kaiser Wilhelmstraße und die Verbreiterung der Neuen Friedrichstraße zwischen Kloster- und Königstraße welche Unternehmungen am 1. Oktober 1887 im Wesentlichen als beendet angesehen werden konnten. Die der Stadt daraus erwachsenen Kosten beziffert sich auf ca. 10 796 000 M. — Abgesehen von dieser wichtigen Verbesserung Alt-Berlins ist bekanntlich auch die Kochstraße eine öffentliche Straße geworden, der Königsgraben zugeschüttet und mit der Anlage der großen Parallelstraße zur Stadtbahn ein kräftiger Anfang gemacht worden. Dazu kommt innerhalb der Berichtsjahre das große Unternehmen der Niederlegung des Mühlendamms mit dem Abschlusse des Vertrages über die Spreeregulierung. Zur endgültigen Feststellung der gänzlich veränderten neuen Straßengestaltung für den Mühlendamm und seine Umgebung bedarf es nur noch der Allerhöchsten Genehmigung, welcher in nächster Zeit entgegen gesehen wird. — Abgesehen von dieser Fürsorge fallen in die Berichtsjahre noch zahlreiche wichtige Straßenanlagen. Da ist zunächst die Durchlegung der Charlottenstraße von der Dorotheenstraße bis zum Weidendamm, für welche die Anläufe der erforderlichen Flächen erfolgt sind. In Bezug auf die vom Staate und dem Hofmarschallamt abzutretende Straßenzüge sind die Verhandlungen noch nicht geschlossen; es wird ihre Beendigung jedoch in kürzester Frist erwartet, so daß mit der Ausführung der Straßenanlage innerhalb des Etatsjahres vorgegangen werden dürfte. — Ebenfalls in die Zeit der letzten sieben Jahre fällt die Anlegung des Reichstags-Ufers, die Verbreiterung der Georgenstraße und die Durchlegung der Rüstädtschen Kirchstraße. Für die Anlage des Reichstags-Ufers von der Kronprinzenbrücke bis zur Einmündung der Schlaagasse ist der Stadt allein ein Kostenaufwand von 395 740 M. entstanden, abgesehen von dem für das Spreeterrain zu zahlenden Betrage und der im Wege des Prozesses noch festzustellenden Entschädigung für das Hoff'sche Grundstück. — Von ungeheurer Wichtigkeit für die gesammte Friedrich-, Tempelhofer und Schöneberger Vorstadt mit ihren circa 206 000 Seelen war die seit Anfang 1887 glücklich fertiggestellte Verbindung der Bülowstraße mit der jenseits der Eisenbahnen liegenden Yorckstraße. Die nach langem Ringen endlich durchgeführte Straßenanlage hat der Stadt große, in ihrem vollen Umfange noch nicht zu überschende

Opfer auferlegt. — Was die Durchlegung der Bülowstraße betrifft, so hat der Kaiser eine Genehmigung der Durchlegung durch den Garten des Kriegsministeriums in Aussicht gestellt, und es schweben noch die Verhandlungen darüber, in welcher Weise die der Militärverwaltung durch die Ausführung des Planes entstehenden Nachteile auszugleichen seien, und in denselben Zeitraum fällt sodann die Umgestaltung der Taubenstraße und des Hansvoigteiplatzes unter Beseitigung des Bullenwinkels. Die Durchlegung der Taubenstraße, über deren ästhetische Wirkung die Gelehrten durchaus nicht einig sind, kostete der Stadt allein die Summe von 1 300 000 Mark. — Neben diesen großen Anlagen neuer durchgehender Verkehrswege läuft eine Anzahl von Anlagen zur Vervollkommnung des Verkehrs einher. Da ist zunächst die Durchlegung der Liehmannstraße, von der Landwehr nach der Landsbergerstraße, zu erwähnen, sowie die Eröffnung eines neuen Weges nach dem Friedrichshain durch Durchbrechung der Georgenkirchstraße; dann die beinahe vollendete Durchlegung der verlängerten Andreasstraße, welche mit der Friedrichsbergerstraße das Schlußstück einer fast geradlinigen Verbindung vom Urban her bis zum Landsbergerthor bildet. Wichtig für den Norden war die Anlegung der Oberbergerstraße, für den Süden dagegen die Durchlegung der Gräferstraße, die Weiterführung der Jossenerstraße bis zur Blücherstraße. Nothwendig ist mit verschiedenen größeren Straßenverbesserungen bedacht worden. — Außerdem haben zahlreiche Landerwerbungen zu Straßenverbesserungen bei Gelegenheit von Neubauten stattgefunden; so namentlich für die Alexanderstraße, Artillerie-, Brücken-, Blumen-, Gollnow-, Garten-, Gormann-, Hirtens-, Insel-, Krant-, Kürassier-, Lanas-, Magazin-, Markus-, Parochial-, Sebastian-, Wall- und Wiesenstraße. Die Ausgaben für das zur Verbesserung dieser Straßen erworbenen Terrain betrug in den 7 Jahren 1882-88 ca. 787 000 M., d. h. ungefähr den zwölften Theil derjenigen Summe, welche die Stadtkasse für Straßenlenderwerbungen (abgesehen von der Kaiser Wilhelmstraße) in einem gleichen Zeitraum verwendet hat. Diese Ausgaben beliefen sich nämlich brutto auf 10 965 500 M. und nach Abzug des aus dem Wiederverkauf der nicht zu Straßenland erforderlichen Restflächen z. gewonnenen Erlöses von 1 230 391 M. auf netto 9 735 109 M.

Zwischen der Unfallverhütungs-Ausstellung und der Gesellschaft Urania herrscht ein eigenthümliches Verhältnis bezüglich der Kontrolle der Besucher und dies führt täglich zu empfindlichen Belästigungen des Publikums. Infolge der mehrfach darüber erhobenen Beschwerden wurde vor längerer Zeit schon in Aussicht gestellt, daß eine baldige und befriedigende Lösung dieses Konfliktes erfolgen werde. Dies ist aber bis jetzt, wo der Sommer und damit die Dauer der Unfallverhütungs-Ausstellung ihrem Ende entgegengeht, noch nicht geschehen. Die Belästigungen des Publikums dauern fort, wie aus folgender Zuschrift hervorgeht, die ein auswärtiger, hier zum Besuche weilender Herr der „Nat. Zig.“ zuschickte:

Ich besuchte heute Nachmittag (4. August) die Ausstellung für Unfallverhütung und beglückte das gelöste Billet, der Vorschrift gemäß, bei mir. Gegen Abend ging ich zu dem um 7½ Uhr stattfindenden Vortrage in die „Urania“, nachdem ich auch hier für die entsprechende Eintrittskarte für meine Frau und mich gelöst hatte. Nach Schluß der Vorstellung verließen wir die „Urania“, um wieder den Ausstellungspark zu benutzen und sollten, beim Ausgange des Gebäudes, die früher gelösten, bereits einmal — beim Eingange — vorgeseigten und in üblicher Weise — durch Abreißen der Hälfte — für neuen Gebrauch ungültig gemachten Billets abgeben. Nun hatte ich bei Schluß der Vorstellung dieselben, da ich sie für werthlos hielt, zerissen, erfuhr nun aber zu meinem Erstaunen, daß ohne vorherige Abgabe der Eintrittskarten — die ja nur für die „Urania“ gelten — ein Wiedereintritt in die Ausstellung verboten sei, ich vielmehr direkt, durch den anderen Ausgang, die Strafe gewinnen müßte. Selbst der Hinweis auf die in meiner Hand befindliche Ausstellungskarte genügt dem Beamten nicht. Ebenso wie uns erging es mehreren anderen Herren, denen Allen der Beamte erklärte: „es hände ja auf dem Bilette, daß man es aufbewahren müßte.“ Nun frage ich, mit welchem Rechte kann mir ein Dritter ein wohlverwobenes Recht bestreiten wollen? wie es hier ja unzweifelhaft geschieht. Da ich den, gewiß interessanten, Inhalt des — nebenbei bemerkt, recht klein gedruckten — Biletts nicht gelesen habe, vermag ich nicht zu beurtheilen, wie weit der Beamte im Recht war. Gewiß aber ist er es gewesen und der Fehler lag bei mir und bei den Anderen, denen es genau so erging, weil es ganz ungebrauchlich ist, nach Schluß einer Vorstellung dem austretenden Publikum die Eintrittskarten abzufordern. Müß, wie es ja sein mag, die Ausstellung gegen unerwünschte Besucher geschützt werden, nun gut, so gebe man anders gefärbte oder geförmte Billets aus, belästige aber nicht die Zuhörer durch eine überflüssige Kontrollmaßregel.

Einbehaltung von Arbeitslohn als Kaution wird, im Gegensatz zu dem kürzlich mitgetheilten Urtheile, vom Kasseler Amtsgericht und in der Berufungsinstanz auch vom Landgericht als zulässig bezeichnet. Das amtsgerichtliche Urtheil sagt: „Solche Bestimmungen sind notorisch allgemein in größeren Fabriken üblich; sie sind notwendig, weil der dem Arbeitgeber im Falle des Kontraktbruchs zustehende Entschädigungsanspruch, obwohl regelmäßig für den Arbeitgeber Schaden entsteht, doch schwierig thatsächlich zu begründen ist, und selbst, wenn dies gelingen sollte, die regelmäßige Unpfindbarkeit des Arbeiters den erstrittenen Erfasanspruch illusorisch macht.“

Dieser Satz fordert zwei Bemerkungen heraus. Erstens versucht er überhaupt nicht die Rechtszulässigkeit, sondern die Zweckmäßigkeit der Einbehaltung (vom Standpunkte des Arbeitgebers) darzutun, welche mit der Rechtszulässigkeit gar nichts zu schaffen hat. Zweitens scheint uns der durch den Druck hervorgerufene Satztheil zu befagen, die Einbehaltung solle auch für den Fall stattfinden, wo es dem Arbeitgeber nicht gelingt, einen Erfasanspruch zu begründen. Soll denn der Arbeitgeber in diesem Falle gleichwohl die Kaution behalten, bis der arme Arbeiter auf Herausgabe der Kaution klagt? Wir vermögen zwar nicht anzunehmen, daß ein Gericht das empfehle, aber einen anderen Sinn können wir in den Worten nicht finden.

Die Stadtbahn hat bereits einen großen Theil der Bogen auf denen sie ruht, in den Dienst von Handel und Gewerbe gestellt. In diesen Bogen finden wir Stallungen und Wagen-schuppen, Markthallen und Wirthschaften, Komtoirs und Magazins, Künstlerateliers und Sanitätswagen, und der Bahnverwaltung erwachsen aus der Vermietung dieser Räume, in denen man kaum das Rollen der darüber in ununterbrochener Folge rollenden Buge hört, reiche Einnahmen. Neuerdings hat sie sich entschlossen, auch das Gelände der Stadtbahn-Verwaltung nutzbar zu machen. Sie hat einem Unternehmer die Erlaubnis erteilt, an der Innenseite des zu beiden Seiten des Bahnkörpers entlang laufenden Geländers Schilder aus Zink und Eisenblech

Lokales.

Die Feststellung der Gemeinde-Wählerlisten. Hierzu schreibt die „Volks-Zig.“: Nach § 7 der Städteordnung geht das Bürgerrecht und damit auch die Fähigkeit, an den Stadtverordnetenwahlen theilzunehmen, verloren, sobald „eines der bei Erlangung desselben vorgeschriebenen Erfordernisse bei dem daselbst dazu berechtigten nicht mehr zutrifft“. Hiernach geht das Bürgerrecht verloren, wenn der bisher Berechtigte seit einem Jahre die ihn betreffenden Gemeindeabgaben nicht gezahlt hat. Die Anwendung dieser Bestimmung durch den Magistrat hat zwei Reklamationen hervorgerufen. Der Landwirth R. hat nach

